

Das Ostpreußenblatt



UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Jahrgang 48 – Folge 3

Erscheint wöchentlich
Postvertriebsstück. Gebühr bezahlt

18. Januar 1997

Landmannschaft Ostpreußen e.V.
Parkallee 84/86, 20144 Hamburg

C 5524

Bundesrepublik Deutschland:

Ersetzen Polen Amerikaner?

Bundeswehrgeneral plädiert trotz 2+4-Vertrages für polnische Korps

Ein General der Bundeswehr hat mit Pressevertretern ein Gespräch geführt. In Potsdam, der alten preussischen Garnisonstadt. Der General ist der Kommandierende des IV. Korps, des einzigen deutschen Korps, das noch nicht mit anderen Nato-Partnern verflochten ist, denn im „Zwei-plus-vier-Vertrag“ vom 12. September 1990 war im Artikel 5 Absatz (1) festgehalten worden: „Bis zum Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins... werden auf diesem Gebiet als Streitkräfte des vereinten Deutschland ausschließlich deutsche Verbände der Territorialverteidigung stationiert sein, die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind...“ Im Absatz (3) des gleichen Artikels heißt es dann: „Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger...“

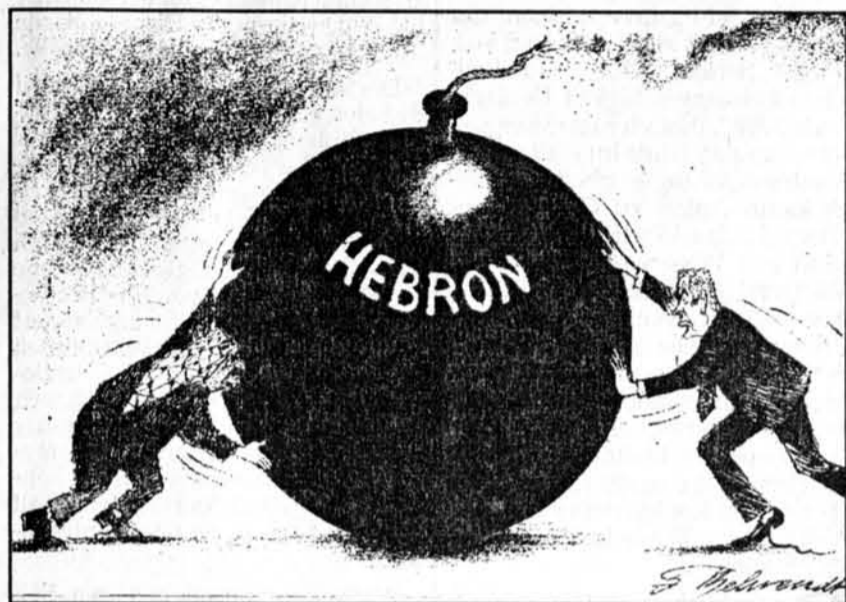
Eine klare völkerrechtliche Vertragsvereinbarung. Und die wird nun von einem General – nicht von einem Politiker! –, der in seiner Stellung den Vertrag vom 12. September 1990 eigentlich kennen sollte, denn er befiehlt das Korps auf dem Gebiet Mitteldeutschlands unmittelbar vor der Grenze zu Polen und zur Tschechei, einfach ignoriert. In seinem Pressegespräch führte er, laut dpa, unter anderem aus, daß bei ei-

ner NATO-Osterweiterung in den neuen Bundesländern eine weit stärkere Einbindung der Bundeswehr ins Bündnis erreicht wird als bisher. Der General stellte u. a. fest, daß es bei einer Aufnahme von Polen und der Tschechei in die nordatlantische Allianz zur Aufstellung eines deutsch-polnisch-tschechischen Korps kommen könne, was ja Bundeskanzler Kohl in Hinblick auf ein deutsch-polnisches Korps bereits 1995 angeregt hatte. Das bedeute dann, daß polnische und tschechische Offiziere die Befehlsgewalt auch über deutsche Soldaten erlangen würden.

Im Hinblick auf die derzeitige internationale politische Situation erscheint der Inhalt dieses Pressegesprächs äußerst aufschlußreich. Es ist allgemein bekannt, daß die Mission des Bundeskanzlers bei Boris Jelzin in Sachen Osterweiterung der NATO zumindest nicht erfolgreich war. Wenn unmittelbar nach der Rückkehr des Kanzlers eine große Presseagentur in Deutschland ein Gespräch mit einem kommandierenden General veröffentlicht, der von der Bildung gemeinsamer Korps der Deutschen, Polen und Tschechen unmittelbar vor der westlichen Grenze Rußlands ausgeht, so erscheint das wie eine Provokation. Die Russen haben deutlich, schon vor dem Besuch des Bundeskanzlers vor weni-

gen Tagen in der Regierungsdatscha des russischen Präsidenten, erklärt, daß sie einer Osterweiterung der NATO nicht zustimmen würden. Darauf zu reagieren ist Sache der Politiker. Wenn ein General sich ohne Auftrag in problematische außenpolitische Angelegenheiten durch öffentliche Aussagen einmischt, so ist das eine Frage der „Inneren Führung“ des Offizierkorps. Der Verteidigungsminister ist gefordert. Zudem muß man sich fragen, ob hinter all diesen Aktivitäten nicht doch eine Art von System steckt. Schrieb doch bereits am 30. September 1994 der einflußreiche US-amerikanische Kommentator William Safire in der „Chicago Tribune“ über militärische Perspektiven: „Die gegenwärtige amerikanische Truppenstärke in Europa beträgt 161 000. Die Hälfte davon sind in Deutschland. Geplant für eine Dauerstationierung sind insgesamt 100 000. Das sind zu viele für eine US-Nebenrolle. Ich denke, wir sollten nur 50 000 dort behalten, hauptsächlich See- und Luftstreitkräfte im Mittelmeerraum. Diese Verringerung unserer Truppenstärke sollte die anderen Nato-Mächte dazu bewegen, Polen in die Allianz aufzunehmen, so daß polnische Soldaten unsere gegenwärtigen Streitkräfte auf deutschem Boden ersetzen könnten.“

Helmut Kamphausen / P. F.



Zeichnung aus „Frankfurter Allgemeine“

Spätschäden / Von HORST STEIN

Zuweilen, selten genug, haben die Nachrichtenagenturen auch positive Meldungen zu verbreiten. Die Kunde vom Friedensschluß zwischen dem Volkswagenwerk und General Motors gehört dazu. Nach einer über vier Jahre hinweg erbittert geführten Auseinandersetzung, die weit über eine halbe Hundertschaft an Advokaten und die Wirtschaftspresse rund um den Globus in Atem hielt, hat man sich jetzt doch noch dazu verstanden, das Kriegsbeil zu begraben. Der Kampf zweier Giganten unter den Automobilherstellern dieser Welt, der zeitweise völ-

lig außer Kontrolle geraten schien, fand ein Ende, noch ehe die Verheerungen ein nicht wiedergutmachendes Ausmaß erreichten. Die Schlammeschlacht ist abgewendet.

Ein Feldzug gegen den Industriestandort Deutschland, zu dem der Konflikt zwischen VW und GM mühelos hätte eskalieren können, bleibt uns zum Glück erspart und damit auch die Gefahr, daß das deutsch-amerikanische Verhältnis über die Ökonomie hinaus ernstlich beschädigt zu werden drohte. Wolfsburg hat sich zwar in dem klug ausgehandelten Akkord zu allerlei Reparationsleistungen bereitfinden müssen, doch ist daraus kein industriepolitisches Versailles geworden. Da ist zum einen die eher symbolische Summe von 100 Millionen Dollar, die VW – ja, wofür eigentlich? – an die Amerikaner zahlen will; daneben steht die Wolfsburger Bereitschaftserklärung, im Verlauf der nächsten sieben Jahre von General Motors Zulieferteile für insgesamt eine Milliarde Dollar einzukaufen: eine lächerliche Größenordnung gemessen an den 50 bis 60 Milliarden, die VW dafür per anno ohnehin aufwendet. Die Spitzengremien beider Konzerne versicherten darüber hinaus einander in einem Briefwechsel ihres gegenseitigen Respektes.

In Wolfsburg muß man froh sein, die Affäre Lopez wenigstens auf diese Weise unter Kontrolle gebracht zu haben; daß die Amerikaner doch noch einlenken würden, war nach den kriegerischen Tönen aus Detroit nicht ohne weiteres zu erwarten. Im Hinblick auf den durch Lopez angeblich verursachten Milliarden-Schaden, der freilich nie beziffert worden ist, mögen die materiellen Klauseln des Friedensschlusses überraschen. Vielleicht stimmt es ja in der Tat, was Opel-Aufsichtsratsmitglied Gäß vernehmen ließ, daß nämlich eine wirkliche Wiedergutmachung der Schäden und ihre Durchsetzung vor Gericht die Existenz des Volkswagenkonzerns gefährdet hätte. Dieser Preis aber, so Gäß, wäre zu hoch gewesen: „Nicht die Täter, sondern völlig unschuldige Menschen hätten diesen Preis bezahlen müssen.“ Auch die GM-Tochter Opel, so fügen wir hinzu, hätte dann wohl einiges abbekommen. Mag einstweilen

„Man hat keine frommen Gedanken“

Machtkampf zwischen Stoiber und Waigel bestimmte Kreuther Klausur

Helmut Kohl hatte noch versucht, den Streit zwischen CSU und FDP herunterzuspielen. Vor der Bonner Presse amüsierte sich der Kanzler über die Auseinandersetzungen zwischen seinen beiden kleinen Koalitionspartnern um die Abschaffung des Solidaritätszuschlages bei der Steuer. Zwischen FDP-Dreikönigstreffen und Kreuther CSU-Klausur komme es stets zu Krach mit „austauschbaren Formeln“ und „Ritualen“. Aber, schmunzelte Kohl über die verbalen Messerstechereien zwischen CSU und FDP: „Liturgie ist das nicht. Man hat keine frommen Gedanken dabei.“

Doch dann trat ein CSU-Akteur auf die Bühne, der das politische Geschäft nicht so recht zu beherrschen scheint, und bereitete dem „Ritual“ (Kohl) ein schnelles Ende. Ausgerechnet CSU-ParteiSekretär Bernd Protzner, ein in der Vergangenheit stets unauffällig wirkender Politiker, nahm per Interview die Liberalen vor den Angriffen des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber in Schutz. Stoiber, gelegentlich ein verbaler Hau-Drauf-Typ in bester Tradition des Franz Josef Strauß, hatte der FDP soziale Kälte vorgeworfen. Das ist weder neu noch besonders originell. Erinnert sei nur an das Wort der SPD-Finanzpolitikerin Ingrid Matthäus-Maier, die den FDP-Grafen Lambsdorff als „Kleptomanen“ bezeichnet hatte. Kleptoman werde Lambsdorff immer dann,

wenn er die Geldbörsen der kleinen Leute sehe.

Die CSU stand Kopf, und die Kreuther Klausurtagung der Landesgruppe hatte ihr Thema. Protzner hatte zu Stoibers Kritik wörtlich gesagt: „Das ist nicht die Linie der CSU.“ Vielleicht hätte er besser gesagt, das sei nicht die Linie des Parteivorsitzenden Waigel. Aber Protzners Interview-Schuß gegen Stoiber ging prompt nach hinten los. In der sonst stets auf Solidarität nach außen achtenden CSU kam es zu ungewöhnlichen Erscheinungen. Regionalpolitiker und Vertreter der jungen Union verlangten Protzners Rücktritt. Dabei kann man eigentlich davon ausgehen, daß sie den ehemaligen Studienrat Protzner weniger im Sinn hatten, sondern sich die Kritik indirekt gegen Waigel richtete. Noch wagt es in der CSU niemand, offen das Wort gegen den Parteichef zu führen. Die reichlich vorhandenen Kritiker warten darauf, daß der erste Schlag im kurz vor dem offenen Ausbruch stehenden Machtkampf Stoiber/Waigel von Stoiber kommt.

Denn nicht nur in der Münchner Staatskanzlei fragt man sich, wie die bayerische Landtagswahl im Herbst 1998 überhaupt noch gewonnen werden kann, wenn Waigel weiter Finanzminister und Parteichef bleibt. Für die CSU als eine auf das Gebiet des Freistaates beschränkte Partei haben die Landtagswahlen seit Jahrzehnten eine viel größere

Bedeutung als Bundestagswahlen. Insbesondere stören sich CSU-Funktionäre daran, daß Waigel so stark an der Einführung der europäischen Einheitswährung 1999 hängt, die man in der bayerischen Region am liebsten auf Wiedervorlage für das Jahr 2020 legen würde.

Waigel jedoch ging während des jüngsten EU-Gipfels zum Teil unhaltbare Kompromisse bei den Stabilitätskriterien ein. Oberbayerische CSU-Bundestagsabgeordnete erlebten und erleben bei Parteiveranstaltungen jedes Mal ein Desaster, wenn sie zur Solidarität mit Waigel aufrufen. Landtagsabgeordnete reden sich auf Fragen damit heraus, sie seien „für den Mist in Bonn“ nicht verantwortlich zu machen.

Fest steht, daß Waigels Stern sinkt und Stoibers Stern steigt. Es fragt sich nur, welches Sternbild sich dem Beobachter eines Tages präsentieren wird. Eine interessante Stimme meldet sich in regelmäßigen Abständen aus Niedersachsen und ist des Lobes voll über den bayerischen Ministerpräsidenten: Gerhard Schröder. Er ist zwar altgedienter Sozialdemokrat, aber mit Stoiber verbindet ihn viel mehr als gelegentlich gemeinsames Interesse im Bonner Bundesrat. Beide wollen irgendwann in die Bundespolitik. Es liegt nahe, daß sie es gemeinsam in einer Großen Koalition versuchen könnten. Viele fragen sich inzwischen nur noch, wann das geschieht. HL

DIESE WOCHE

EU-Einflußnahme

„Wo der Widerstand am geringsten ist“ 2

Tanz um ein altes Kalb

SED-Archivmüll ermunterte Tycoon 4

Wechselspiele

Den Haag bekommt eine zweite Chance 5

Preußischer Kulturbesitz

Aus der Arbeit der Berliner Stiftung 7

Nur wenigen bekannt

Die Christuskirche in Königsberg-Rathof 13

Wie die Weihnachtsmänner

Kreisgemeinschaft Lötzen verteilte Spenden 23

Zeitbombe Verschuldung

Gibt es noch einen Weg aus der Schuldenfalle? 24

auch offenbleiben, ob der Spanier Lopez bei seinem Abgang aus Detroit nicht doch heiße Ware als Konterbande im Reisegepäck mit sich führte. VW-Chef Piech ließ sich darüber seinerzeit nur ganz lapidar aus: „Was hätten die Amerikaner denn, was wir nicht auch selber haben?“ Das wird für den Augenblick zutreffen, doch wie lange in der Zukunft noch? Die deutsche Wirtschaft ist, von Sonderbereichen abgesehen, im Weltvergleich dramatisch zurückgefallen. Selbst der Bundesforschungsminister Rüttgers mußte jetzt einräumen, daß Deutschland bei der Herstellung hochwertiger technischer Produkte von Forschungsinvestitionen der Vergangenheit zehrt. Der jetzt vorgelegte Bericht „Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 1996“, den vier unabhängige Forschungsinstitute im Auftrag der Bundesregierung erarbeiteten, bietet kaum Anlaß zu Optimismus. Obwohl „das Wachstum der Zukunft aus Wissen gemacht wird“ (Rüttgers), gibt Deutschlands Industrie viel zu wenig für die Forschung aus. Die Industrie favorisiert deutlich Investitionen im Bereich der angewandten Forschung, da diese sich rascher amortisieren. Doch ohne eine breite Grundlagenforschung wird unser Land gegenüber seinen Konkurrenten auf dem Weltmarkt vollends ins Hintertreffen geraten.

Bedenklich stimmt das um sich greifende Desinteresse des akademischen Nachwuchses an Naturwissenschaft und Technik – auch dies einer der Spätschäden der 68er-Generation, die aus der Präferenz für Gesellschaftswissenschaften einen wahren Kult gemacht hat. Verglichen etwa mit dem Jahr 1990 studieren heute nur noch halb so viel in den naturwissenschaftlich-technischen Bereichen. Allerdings: Die jungen Leute haben mittlerweile auch gelernt, die Arbeitsmarkt-Chancen bei der Entscheidung für ein Studium mit in den Blick zu nehmen. Der real existierende Chemiker-Berg und die Ingenieur-Schwemme schrecken ab. So bleibt am Ende der Innovationsprozeß unserer Volkswirtschaft auf der Strecke.

EU-Medien:

„Wo Widerstand am geringsten ist“

Wie die Propagandamaschinerie in Brüssel funktioniert und finanziell lukrativ gehalten wird

Obwohl das öffentliche Bild von der EU-Kommission immer düsterer wird, sind Medien-Experten in Brüssel der Auffassung, „daß die öffentliche Meinung keineswegs mehr Informationen benötigt“. Wichtiger sind den Eurokraten „stimulierende, spannende, motivierende Neuigkeiten“, um die Bevölkerung EU-positiv zu stimmen, heißt es im Bericht einer EU-Expertengruppe. Dazu sind alle Mittel recht, insbesondere finanzielle.

Der französische Journalist Gerard de Selys, ein intimer Kenner der EU-Verhältnisse, schrieb in der Pariser Zeitung „Le Monde“ über das Finanzgebaren von Kommissionsstellen: „Noch heute genießt ein Großteil der 765 in Brüssel fest akkreditierten Journalisten großzügig bemessene Freiräume in Form von fürstlich bezahlten Reportagen, aufgebeßert durch erkleckliche Spensummen oder durch gelegentliche beziehungsweise regelmäßige Mitarbeit an den zahllosen Publikationen der aus der Hohen Behörde hervorgegangenen Kommission. Einige können ihr reguläres Journalistengehalt dadurch verdoppeln oder verdreifachen.“

Auch Journalisten aus den EU-Ländern können von den großzügigen Regelungen profitieren. Ein besonderer Geldregen fließt an zum Straßburger Europa-Parlament (EP) reisende Berichterstatter: Das EP zahlt bei jedem Besuch zwei Tagesätze zu je 150 Mark sowie die Bahn-Rückfahrkarte erster Klasse. Die EU-Kommission bietet Gruppenreisen für Journalisten an. Der Ausschuß der Regionen, eine Einrichtung aller Länder und Provinzen der EU lädt zu seinen fünf Sitzungen pro Jahr jeweils 20 Journalisten ein.

Den knapp 800 ständig in Brüssel tätigen Korrespondenten (davon 100 aus Deutschland), steht ein dichtes Netz von Kommissions-Bediensteten mit Aufgabenschwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit gegenüber. Allein der Sprecherdienst von EU-Kommissionspräsident Jacques Santer zählt 75 Mitarbeiter. Die „Generaldirektion X“ (Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien) hat ein Jahresbudget von 230 Millionen Mark. Aber auch

alle anderen 22 Generaldirektionen haben eigene Sprecherdienste.

Die Aufgabe dieser Stellen wird in einem internen Papier beschrieben: Die EU „müsse als ‚gutes Produkt‘ dargestellt und propagiert werden“. Die Kommission solle sich „menschlich präsentieren, warmherzig und eng an den Bedürfnissen der Mitmenschen orientiert“. Besondere

des deutsch-französischen Grundverständnisses“ gewarnt wurde. Prompt kippten Union und FDP im Bundestag um, obwohl die EU-Entwicklungshilfe ein Verschwendungsfuß ohne Boden ist, wie man in Rechnungshof-Berichten nachlesen kann.

Das Ziel, zweifelhafte Praktiken, Verschleuderung von Beitragsgel-



Vermitteln ein gefälliges EU-Bild: die fast 800 ständig in Brüssel akkreditierten Korrespondenten

Zielgruppen sind Jugendliche, weil es sich empfiehlt, „dort zu agieren, wo der Widerstand am geringsten ist“ und Frauen. Denn Frauen erfassen „instinktiv besser und rascher als Männer die Vorzüge einer besseren Zukunft“.

Für den Journalisten Selys betreibt die EU eine Medien-Effizienzkontrolle, „wie sie gemeinhin nur in Propagandadiensten üblich ist“. Und sie funktioniert. Als sparsame Bonner Haushaltspolitik 1995 die Mittel für den Europäischen Entwicklungshilfefonds kürzen wollten, lieferten in Hintergrundgesprächen „gebriefte“ Brüsseler Korrespondenten wie bestellt wirkende Berichte ab, in denen unisono vor einer „Belastung

dern und ungerechte Lastenverteilung zwischen den Ländern zu verschleiern, ist nicht neu. Daß etwa die Bundesbank die deutschen EU-Netozahlungen berechnet, war für den früheren EU-Kommissar Peter Schmidhuber (CSU) nicht so schlimm. Schmidhuber verübte den Bundesbankern die Veröffentlichung der Zahlen, da sie sich „leicht nur zu leicht für eine vereinfachende und polemische Argumentation mißbrauchen“ ließen.

Dieses Denken hat in Brüssel Tradition. Schon 1954 gab die Hohe Behörde (Vorläufer der Kommission) die „Entwaffnung der Einheitsgegner“ als oberstes Ziel der eigenen Pressestrategie aus. HL

Würdigung:

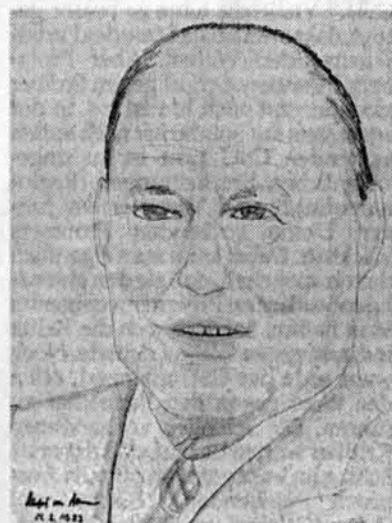
Manfred von Ardenne wird 90

Obschon er fast immer Gast während der Lindauer Treffen der Nobel-Preisträger war, blieb ihm bisher der Nobel-Preis versagt: Manfred v. Ardenne, der am 20. Januar in Dresden sein neuntes Lebensjahrzehnt vollendet, gehört ohne Zweifel zu den Großen, die Deutschland im Bereich der Naturwissenschaft hervorgebracht hat.

Dabei würde man eigentlich zu kurz greifen, würdigte man nur sein physikalisch-technisches Wirken, das Gebiete von Rundfunk- und Fernsehtechnik, Elektronenmikroskopie, Elektronenstrahl-Anwendung, Plasmatechnologie und Medizintechnik umfaßte. Manfred v. Ardenne stand, darin anders als viele andere Wissenschaftler, immer im Zwang marktwirtschaftlichen Denkens, da ihm der Zugang zu staatlichen Forschungsmitteln nur nach dem Maßstab von Angebot und Nachfrage gelang.

Jeden wissenschaftlichen Erfolg, aber eben auch Mißerfolge und Irrtümer mußte er selbst finanziell erarbeiten, also Wissenschaftler, Forscher, Erfinder und Kaufmann in einem sein. Für ihn galt daher immer doppelt, daß Genie zu neunzig Prozent Fleiß und Schweiß sind. Nicht selten sind ihm von akademischer Seite häßliche Bemerkungen zugegangen, die seine ungeläufige akademische Laufbahn im Blick hatten, v. Ardenne studierte nur einige Semester ohne Abschluß.

Doch abgesehen davon, daß v. Ardenne in den Strudel der deutschen Teilung geraten war und damit zum Spielball auswärtiger Interessen wurde, vergessen Neider und Spöt-



ter gern, daß der Kaufmannssohn es verstand, seine zahllosen wissenschaftlich-technischen Ergebnisse stets in puren Reichtum umzuwandeln.

Es kommt hinzu, daß er von früh an ein herausragender Inszenator seiner eigenen Persönlichkeit war, die an sich selbst den Maßstab an-

rer großer Wissenschaftler dieses Jahrhunderts anlegte. Man suchte zudem seine Nähe und sein Wissen. Seine Wirkungsstätten waren bis 1945 Berlin, bis er nach der Niederwerfung Deutschlands (darin ähnlich Werner v. Braun und anderen deutschen Koryphäen der Wissenschaft) von der sowjetischen Besatzungsmacht ein Forschungsinstitut im Kaukasus in der Nähe des Schwarzen Meeres installiert bekam.

Die Sowjets waren auf ihn aufmerksam geworden, nachdem er sich nicht nur mit dem beschäftigte, was man volkstümlich Atomforschung nannte, sondern weil er auch einer Empfehlung Max Plancks folgte, und den Physiker Fritz G. Houtermann beschäftigte, der nach einer politisch motivierten Odyssee aus dem GULAG Stalins als „Geistesgestörter“ ausreisen durfte und dem Reich überstellt worden war.

1941 veröffentlichte v. Ardenne eine entscheidende Arbeit über Kernketten-Reaktionen, die von allen mit Atomfragen befaßten Wissenschaftlern übernommen wurde, darunter auch solchen, die dies via der „Roten Kapelle“ an Stalin weiterleiteten. Dessen Sondertrupp wußte deswegen auch sofort, wo der Wissenschaftler sich aufhielt, um ihn mit einer Art sowjetischen Aktion „Paperclip“ tributpflichtig zu machen.

Willi Fehling / P. F.

Kommentar

Jetzt auch Möllemann

„Wessen Partei sind wir nun tatsächlich, die Partei der Großbanken und der Großindustrie oder die Partei der vielen Menschen, die eigenverantwortlich, vorsorgend, sparend versuchen, den Appell zur persönlichen Zukunfts- und Gefährdungsernsthese ernstzunehmen?“ In dieser derart drastisch noch nicht vorgetragenen Kritik gipfelte jetzt ein offener Brief der drei Sprecher der „Liberalen Offensive“ in der FDP, Heiner Kappel, Achim Rohde und Alexander von Stahl, an Parteichef Wolfgang Gerhardt.

Die Verärgerung der drei resultiert aus „dem jetzt auf dem Dreikönigstreffen der FDP ... erfolgten lautstarken Bekenntnis der Partei zur Einführung des Euro ab dem 1. 1. 1999 (und damit wohl ohne Wenn und Aber)“. Hierin sehen die Vertreter der „Liberalen Offensive“ einen eklatanten Verstoß gegen frühere FDP-Beschlüsse, nach denen die Einhaltung der strengen Eintrittskriterien Vorrang habe vor dem Terminplan. Werden die Kriterien zugunsten des Zeitplans aufgeweicht, so fürchten die FDP-Rebellen eine „deutliche Abwertung“ des Geldwertes zu Lasten der vielen Sparer.

Interessant ist, daß die „Offensive“ jetzt erstmals Unterstützung von der Parteiprominenz erhalten hat: Nordrhein-Westfalens FDP-Chef Jürgen Möllemann, seit jeher für Überraschungen gut, räumte den „Euro“-Skeptikern in der Mitgliederzeitung seines Landesverbandes Platz ein, um für ihren Aufruf zum Basisentscheid über die Haltung der Liberalen zur Abschaffung der D-Mark zu werben. Fünf Prozent der Mitglieder, rund 4000 Köpfe, müssen ihre Unterschrift leisten, damit auf dem Bundesparteitag im Mai eine Urabstimmung zum „Euro“ durchgesetzt werden kann.

Die „Liberalen Offensive“ lobte Möllemanns Entscheidung als einen „beachtlichen Schritt“ und gibt sich nun um so optimistischer, die geforderten Unterschriften im Mai vorlegen zu können.

Bundesparteichef Gerhardt hatte es – wenig liberal – der zum nationalliberalen Flügel gerechneten „Offensive“ sogar verweigert, eine bezahlte Anzeige im Bundesmitgliederrundbrief „Liberaler Depeche“ zu veröffentlichen, um ihr Vorhaben bekanntzumachen. Auch weigerte sich die Bundes-FDP, den „Euro“-Skeptikern die Möglichkeit zu geben, sich selbst schriftlich an alle FDP-Angehörigen zu wenden. Soviel zur „offenen Diskussionskultur“ in der FDP, deren Führung, statt eine freie Debatte zuzulassen, dem Partei-Fußvolk lieber die vorgezeichnete Linie des Bundesvorstandes verabreicht. Hier hat ausgerechnet „Hans Dampf“ Jürgen Möllemann ein Stück liberaler Glaubwürdigkeit zurückgewonnen.

Dieser Etappensieg der Nationalliberalen fällt indes in eine Zeit, in der einer zunehmenden Zahl ehemaliger „Euro“-Verteidiger die Knie weich werden: Schröder, Stoiber, Möllemann – wer ist der nächste?

Je näher die Einheitswährung kommt, desto deutlicher werden ihre Schwächen ebenso wie die Uneinlösbarkeit der Bonner Versprechungen. Hans Heckel

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chefredakteur: Horst Stein

(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Politik, Zeitgeschehen, Leserbrief: Peter Fischer, Hans Heckel (Freier Mitarbeiter), Markus Zehme; Kultur, Unterhaltung, Frauenseite: Silke Osman; Geschichte, Landeskunde: Hartmut Syskowski; Heimatkreise, Gruppen, Aktuelles: Maika Mattern; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Ständige Mitarbeiter: Alfred v. Arneth (Wien/Bozen), Pierre Campguilhem (Paris), Helmut Kamphausen (Gartow), Eleonore Kutschke (Allenstein/Stettin), Jürgen Mathus (Bonn), Dr. Paul Polak (Prag), Willy Fehling (Berlin).

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Bezugspreis Inland 11,50 DM monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 14,90 DM monatlich, Luftpost 21,40 DM monatlich. Konten: Landesbank Hamburg, BLZ 200 500 00, Konto-Nr. 192 344. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen). – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 23. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.

Telefon (0 40) 41 40 08-0
Telefon Red.-Sekretariat (0 40) 41 40 08-32
Fax Redaktion (0 40) 41 40 08 50
Telefon Anzeigen (0 40) 41 40 08 41
Telefon Vertrieb (0 40) 41 40 08 42
Fax Anzeigen und Vertrieb (0 40) 41 40 08 51

Bald im Club der Siegermächte?

Nach Ende der zweijährigen deutschen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat wächst in Bonn das Interesse an einem ständigen Platz im mächtigsten Gremium der UNO. Gerade der Jugoslawien-Krieg zeigt: Nicht immer decken sich Deutschlands Interessen mit denen seiner Freunde.

Von GERD-H. KOMOSSA

Von den
Sieger-
mächten
von 1945
beherrscht:
Sicherheitsrat
der Vereinten
Nationen



Am 31. Dezember 1996 endete die zweijährige Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Kaum jemand nahm Notiz davon. Und doch ist dies ein bedeutsames Datum und ein wichtiges Ereignis für uns Deutsche.

Der Sicherheitsrat ist, 51 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, immer noch ein exklusiver Club der Siegermächte. Zu diesem Kreis kann man höchstens auf zwei Jahre als nichtständiges Mitglied eingeladen werden. Jedes Bemühen, Deutschland wie auch Japan zwei der großen Industrienationen der Welt und Netto-Beitragszahler der UN einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat einzuräumen, stieß auch bei unseren Freunden und Verbündeten auf wenig Gegenliebe. Und die Bundesregierung selbst hat lange Jahre darauf verzichtet, einen Sitz im Rat überhaupt anzustreben. Bürger, die empfohlen hatten, die Bundesregierung möge sich doch

um einen ständigen Sitz im Rat bemühen, zumal die allein Deutschland und Japan diffamierende Feindstaatenklausel noch immer Bestandteil der UN-Satzung ist und diese nun auf solche Weise wenigstens relativiert werden könnte, wurden beschieden, daß Deutschland an einem Sitz im Weltsicherheitsrat nicht interessiert sei, da seine Interessen durch seine Verbündeten, die USA,

Nationale Interessen

Großbritannien und Frankreich, hinreichend vertreten würden. Und die Feindstaatenklausel sei „ohnehin längst obsolet“. An dieser Auffassung hat sich allerdings in letzter Zeit wohl etwas geändert. Vor allem kann aus vorsichtigen Äußerungen von Außenminister Kinkel heute geschlossen werden, daß dieser Sitz im Sicherheitsrat doch durchaus wünschenswert sei. Ist dies eine Erkenntnis aus der temporären Mitglied-

schaft der letzten zwei Jahre? Einer Zeit, in der so weittragende Entschlüsse gefaßt wurden wie der Einsatz in Bosnien mit IFOR-Truppen? Hat Bonn doch erkennen müssen, daß die Interessenlage der Nationen nicht immer identisch ist?

Im Sicherheitsrat waren die Entscheidungen für den militärischen Einsatz auf dem Balkan zur Beendigung des Krieges gefallen, die durchaus erhebliche Auswirkungen auch für unser Land haben. Wir haben nach dem UN-Beschluß und dem Bundestagsbeschluß vom 6. Dezember 1995 zur Beteiligung eines deutschen Heereskontingents im Rahmen der 60 000 Mann starken IFOR (Implementation Force) immerhin gleich vom Beginn des vergangenen Jahres 2640 Soldaten, 1500 militärische Fahrzeuge, 12 leichte und 6 mittlere Transporthubschrauber in Kroatien eingesetzt. Dabei wurden 1996 im Zuge des IFOR-Einsatzes über 1000 Lufttransporteinsätze, 44 Pioniereinsätze zum

Bau von Brücken und Straßen und mehr als 500 Transporteinsätze im Kfz-Konvoi durchgeführt. Während dieser Zeit wurden im Feldlazarett der Bundeswehr rund 11 000 Patienten aus allen an der Aktion beteiligten Nationen ärztlich versorgt. Das Mandat der IFOR-Truppen ist nun beendet. Doch schon macht sich das neue deutsche Kontingent marschbereit für den Einsatz bei SFOR (Stabilization Force).

Deutschland räumt seinen nicht ständigen Sitz im New Yorker UN-Gebäude zeitgleich mit Indonesien, Italien, Botswana und Honduras. Fragt man nach dem Ergebnis der deutschen Mitgliedschaft, so werden Diplomaten zurückhaltend. Auch der deutsche UN-Botschafter Tono Eitel ist in seinem Urteil vorsichtig, wie deutsche Diplomaten ja wohl in der Regel sein müssen. Immerhin meinte er, daß Nichtmitglieder es außerordentlich schwer hätten ihre besonderen Anliegen im höchsten Gremium der UN, eben

im Sicherheitsrat, überhaupt zu einem Thema zu machen. Der Botschafter erkennt schon die Möglichkeiten, die in einer ständigen Mitgliedschaft liegen, wenn er erklärt: „Für uns ist das – der Sicherheitsrat – ein Sprungbrett, ein Resonanzboden. Was wir hier sagen, hat ganz andere Bedeutung als Bonner Erklärungen. Das ist für die Vertretung deutscher Außenpolitik – jetzt lasse ich offen, ob die Außenpolitik richtig oder falsch ist – ein gewaltiger Vorteil.“

Nach der zweijährigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat scheint die Bundesregierung nun zu begreifen, wie wichtig die Mitgliedschaft in diesem Club sein kann. Der Balkan zwang zur Neubewertung: Deutschland hofft jetzt, anders noch als vor zwei bis drei Jahren, doch ständiges Mitglied zu werden. Die zu erwartende Reform und Erweiterung des Sicherheitsrates könnte die Möglichkeit dazu bieten. Allerdings scheint sich die Bundesregierung nicht sicher zu sein, ob sie die notwendige Unterstützung für Sitz und Stimme im Rat bei ihren Verbündeten und Freunden finden wird. Wo sich doch hier echte Freundschaften bewähren könnten!

Doch das Interesse der Großen – USA, Rußland, Großbritannien, China und Frankreich – an einer

Unruhen in Bulgarien

Die Sozialisten in Sofia haben abgewirtschaftet / Von Alfred v. Arneth

Der kurz vor seinem Amtsantritt stehende neue bulgarische Staatspräsident Petar Stojanow hat die regierende Sozialistische Partei und die Opposition aufgerufen, „unverzüglich“ Verhandlungen über neue Parlamentswahlen in Bulgarien zu beginnen.

Diese Verhandlungen seien nur dann möglich, wenn die ehemaligen Kommunisten „mit einer im voraus angenommenen Entscheidung über die Ausschreibung von Neuwahlen herangehen“, sagte Stojanow. Er hoffe, daß nach den jüngsten Ereignissen eine Ernüchterung eingetreten sei. Die Sozialisten haben trotz der Ausschreitungen beim Parlament Verhandlungen über Neuwahlen abgelehnt. Gegen einen entsprechenden Antrag der Opposition hatten sie im Parlament gestimmt. Der am 3. November 1996 vom Volk zum Staatspräsident gewählte Stojanow wird am 19. Januar vereidigt und tritt am 22.

Januar das Amt an. Auch das noch amtierende Staatsoberhaupt Schelju Schelew hat zu Verhandlungen zwischen den Sozialisten und der Opposition über Neuwahlen aufgerufen.

Die Regierungsgegner kündigten unterdessen an, künftig nach dem Vorbild der serbischen Opposition täglich zwischen 15 und 19 Uhr zu demonstrieren, solange keine Neuwahlen anberaumt sind. Die Opposition rief außerdem für Montag zu einem Generalstreik auf. In den Provinzstädten Gabrovo, Ruse, Swichow und Samokow fanden ebenfalls regierungsfeindliche Kundgebungen statt. Bei den gewaltsamen Protesten in der Hauptstadt Sofia waren jüngst nach Angaben der Opposition 258 Menschen verletzt worden. Die Regierung sprach von 178 Verletzten. Bei den Auseinandersetzungen hatte die Polizei Schlagstöcke und Tränengas eingesetzt. Mehrere hundert Demonstranten waren mit Gewalt in das Parlamentsgebäude eingedrungen und

hatten Abgeordnetenbüros in Brand gesetzt. „In Bulgarien gibt es für uns derzeit keine Zukunft. Deshalb sind wir bereit, ab sofort jeden Tag auf die Straße zu gehen“, kündigt Iwan verbittert an. Der 21jährige Student steht auch auf dem Alexander-Newski-Platz unweit des Parlamentsgebäudes in Sofia. Dort treffen sich seit Tagen Tausende wütende Bürger, um gegen die Politik der sozialistischen Regierung zu protestieren. Es ist blanke Not, die die Menschen in dem ehemaligen Ostblockstaat auf die Straße treibt. Rentner wühlen in Mülltonnen nach Essensresten, Familienväter suchen verzweifelt nach etwas Brennbarem, um Wärme in den Wohnungen zu schaffen – die quälende Not bestimmt für viele das tägliche Leben in dem osteuropäischen Land. Wer die Schuld an der Wirtschaftsmisere trägt, steht für die Demonstranten außer Frage: Es ist die Regierung der aus der ehemaligen kommunistischen Partei hervorgegangenen Sozialisten (BSP).

Die wirtschaftliche Misere im Land könnte kaum schlimmer sein: Mehr als die Hälfte der acht Millionen Bulgaren leben in absoluter Armut. Die Inflation erreichte im vergangenen Jahr die Marke von 310 Prozent und ist damit zehnmal so hoch wie die durchschnittliche Teuerungsrate in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Eher verschlimmern wird sich die Lage für die Bulgaren mittelfristig noch durch die Vorgaben des Internationalen Währungsfonds. Dieser hat dem Land einen beispiellos rigiden Sparplan auferlegt, der allein im öffentlichen Dienst in diesem Jahr die Entlassung von rund 60 000 Mitarbeitern vorsieht.

Die Demonstranten fordern angesichts der Wirtschaftskrise in Bulgarien vorgezogene Neuwahlen. Ihre Verzweiflung beschreibt ein Spruch, der zur Zeit in Sofia die Runde macht: „Wir sind bereits am Boden. Um rauszukommen, müssen wir jetzt graben.“

Keine Prestigefrage

Erweiterung des Sicherheitsrates scheint nicht sehr ausgeprägt zu sein. Ihr Problem sehen sie vor allem darin, daß nicht nur Deutschland und Japan Mitglieder werden wollen, sondern auch Staaten der Dritten Welt in den Sicherheitsrat drängen. Das weitere Problem könnte darin liegen, daß bei Bereitschaft zur Aufnahme der Länder, diese sich nicht auf einen Vertreter einigen könnten. Und weil das eben so schwierig ist, zeigt keiner der großen Fünf ein besonderes ausgeprägtes Interesse, im Rahmen einer Reform nur Deutschland und Japan als ständige Mitglieder aufzunehmen. Deutschland wird also weiter geduldig warten müssen.

Die deutsche Politik muß begreifen, daß die ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat nicht eine Frage nationaler Prestiges ist, sondern der Mitwirkung an Entscheidungen im Weltmaßstab.

Hollywood:

Antideutsch aus Geldgier?

„Unfug“ von Leuten, die „von Deutschland keine Ahnung haben“, konterte Bundeskanzler Kohl den an ihn gerichteten offenen Brief von 34 Hollywood-Größen. In der „International Herald Tribune“ hatten die Filmschaffenden die strikten Maßnahmen gegen die Scientology-Sekte in Deutschland mit der Judenverfolgung in den 30er Jahren gleichgesetzt. Zu den Unterzeichnern zählen leinwandbekannte Mimen wie Goldie Hawn und Dustin Hoffman.

Die sonst nicht eben deutschfreundliche Londoner „Times“ will den Grund gefunden haben, warum so viele Vertreter des US-Filmgeschäfts ihren Namen für den Affront hergaben: Geldgier. Zwar seien mit Hoffman, dem Fernsehproduzenten Aaron Spelling und Ex-Universal-Boß Sidney Sheinberg hochkarätige jüdische Namen dabei. Etliche der Unterzeichner aber sind laut „Times“ wirtschaftlich eng verflochten mit den beiden Weltstars und bekennenden Scientologen Tom Cruise und John Travolta. Sie handelten aus der Angst heraus, daß deren Filme „von deutschen Kinobesuchern boykottiert werden könnten, die ein Drittel von Hollywoods boomendem Europa-Markt stellen“, so das Londoner Blatt.

Andere Unterzeichner handeln der „Times“ zufolge schlicht nach der „wichtigsten Verhaltensregel im Halsabschneidergeschäft von Hollywood ...: Es zählt sich nie aus, sich einen Star zum Feind zu machen, der gerade ganz groß absieht“.

Die Scientology-Sekte hatte den Vergleich ihrer Bekämpfung in Deutschland mit der Judenverfolgung während der NS-Zeit selbst vor geraumer Zeit aufgebracht. Da seit langem Hollywood-Filme Deutsche bevorzugt als braune Monster im Bewußtsein der US-Amerikaner verankern, könnte die Kampagne durchaus auf fruchtbaren Boden treffen.

Hans Heckel

Deutschlandtreffen der Ostpreußen



Düsseldorf, 17.-18. Mai 1997
Großkundgebung: Sonntag, 18. Mai, 11 Uhr, auf dem Messe-gelände

Landmannschaft Ostpreußen, Bundesgeschäftsstelle, Parkallee 86, 20144 Hamburg

EU-Präsidentschaft:

Den Haags zweite Chance

Ausgerechnet Niederländer sollen die europäische Drogenpolitik vereinen

Die Niederländer, die am 1. Januar die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union von den Iren übernommen haben, müssen sich auf einige Probleme in ihrer sechsmonatigen Amtsperiode gefaßt machen. Trotz ihres als erfolgreich angesehenen EU-Vorsitzes, dessen Krönung die Fixierung des Stabilitätspaktes für die europäische Währungsunion war, hinterließen die Iren dem Nachfolger einige wenige, aber um so brisantere Probleme. Beim EU-Gipfel im Juni in Amsterdam soll die Regierungskonferenz zur Reform der EU unter Dach und Fach gebracht werden. Die „heißen Eisen“ – eine europäische Integration mit mehreren Geschwindigkeiten und die Machtverteilung zwischen kleinen und großen Mitgliedstaaten – muß nun Den Haag anpacken.

Einen Strich durch die Rechnung könnten die unberechenbaren Briten den Niederländern machen. Die wandende Regierung von Premier John Major stemmt sich weiter gegen die

auf Touren kommen. Muß Major schon im März das Handtuch werfen, stehen die Chancen für einen erfolgreichen Abschluß der Reform, die als unerläßliche Voraussetzung für die Osterweiterung der EU gilt, besser. Allerdings wird in Brüssel mit gutem Grund bezweifelt, daß die britische Arbeiterpartei im Falle eines Wahlsieges bei der populären euroskeptischen Politik eine drastische Kehrtwende vollzieht.

Der niederländische Außenminister Hans van Mierlo gab sich jedenfalls bei der Vorstellung des Präsidentschaftsprogramms gelassen: „Verlangen wir zuviel, wenn wir uns als ehrgeiziges Ziel den Abschluß der Regierungskonferenz vornehmen? Wir haben gar keine andere Alternative.“

Eine weitere irische Erbschaft dürfte den Niederländern im nächsten Halbjahr ebenfalls Kopfschmerzen bereiten: Der Streit mit dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac um eine europäisch abgestimmte Drogen-

1991. Damals mußte der „Maastricht“-Vertrag, dessen Kernstück die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist, überstürzt beim Dezember-Gipfel zu Ende verhandelt werden. Grund: Der damalige niederländische Außenminister Hans van den Broek hatte einen ersten Vertragsentwurf der luxemburgischen Präsidentschaft über den Haufen geworfen und in letzter Minute einen eigenen Text ausarbeiten lassen. Er wurde prompt von allen übrigen EU-Partnern außer Belgien abgelehnt. Leidtragender wurde der sogenannte „dritte Pfeiler“, bei dem es um die bürgernahe gemeinsame Bekämpfung von organisiertem Verbrechen sowie um Drogen, Asyl- und Einwanderungspolitik geht.

Er kam in der Schluß-Hektik zu kurz. Mit dem „Vertrag von Amsterdam“ über die neue EU-Reform erhält Den Haag sozusagen eine zweite Chance, diesen Fehler auszubügeln. Unter der irischen Präsidentschaft ist die EU je-



Sektaune verfliegen: Maastricht-Unterzeichner 1991

von Frankreich und Deutschland vorgeschlagene „Flexibilität“, die einigen EU-Ländern ein rascheres Zusammenrücken erlauben soll statt des bisher angestrebten, zeitraubenden „Gleichschritts“. London wehrt sich überdies gegen eine Straffung der Entscheidungsverfahren im EU-Ministerrat durch vermehrte Anwendungen von Mehrheitsbeschlüssen anstelle des Prinzips der Einstimmigkeit. Schließlich hält London nichts von einer Annäherung zwischen EU und der Westeuropäischen Union (WEU), der brustschwachen „Keimzelle“ einer künftigen europäischen Verteidigungs-gemeinschaft.

Doch die Tage Majors scheinen gezählt. Hält sich seine Minderheitsregierung noch bis nächsten Mai, können die Verhandlungen in der EU-Regierungskonferenz erst wenige Wochen vor dem EU-Gipfel in Amsterdam wirklich

politisch ist keineswegs beigelegt. Schon in Dublin kündigte Chirac vorsorglich an, daß die Kontrollen an den Nordgrenzen (gegenüber Belgien) aufrecht bleiben müßten, solange Den Haag an seiner „liberalen“ Drogenpolitik – sprich dem tolerierten Verkauf weicher Drogen in „coffie-shops“ – festhalte. Den Haag hatte sich noch vor Weihnachten bei einem Treffen der EU-Justizminister schriftlich die Anerkennung seiner „traditionellen Anti-Drogenpolitik“ verbürgen lassen. Das offizielle EU-Arbeitsprogramm enthält allerdings den Auftrag, schärfere Bestimmungen gegen den Drogenkonsum auf europäischer Ebene voranzutreiben. Ob damit nicht gleichsam der Bock zum Gärtner gemacht worden ist, wird man in sechs Monaten wissen.

Unangenehme Erinnerungen haben die Niederlande noch an ihre letzte EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr

denfalls bei den großen Projekten nach Meinung der Mitgliedsregierungen einen Schritt weitergekommen. Sowohl die europäische Währungsunion als auch die Regierungskonferenz entwickelten sich nach Plan. Auch gab es ein einigermaßen erfolgreiches Management Dublins der BSE-Krise, so daß die betroffenen Bauern zumindest Entschädigungen erhielten. BSE-Beihilfen für die von der Rinderseuche betroffenen Bauern, die Entsenderichtlinie, welche die Sozialstandards von Arbeitnehmern aus anderen EU-Staaten regeln soll, die Erarbeitung des Zwischenpapiers für die EU-Regierungskonferenz, eine politische Verurteilung des Helms-Burton-Gesetzes der USA betreffend den Kuba-Handel, oder zuletzt die Einigung auf den „Stabilitätspakt“ beim Dubliner Gipfel: Dies sind nur einige Kapitel in der Erfolgsstory der Iren.

V. A.

Ein „vernünftiges rheinisches Gefüge“

Paris wünscht keine neuen Mitglieder im „Eurokorps“

In Militärkreisen stand das „Eurokorps“ von seiner Zeugung 1992 an nie hoch im Kurs. Wie so vieles mit dem Etikett Euro kostet das Korps aus Franzosen, Deutschen, Spaniern, Belgiern und Luxemburgern zunächst Geld, ohne den ihm prophezeiten praktischen Nutzen zu erbringen – außer vielleicht, die „europäische Idee“ zu befördern, die indes an Glanz bedenklich eingebüßt hat.

Die nominell 50 000 Mann umfassende Eurotruppe hat allerdings einige Irritationen beim amerikanischen Verbündeten ausgelöst. Washington sieht (offiziell verlaublichem Wohlwollen zum Trotz) hierin nichts anderes als einen weiteren Anlauf der Franzosen, den US-Einfluß in der Alten Welt zu beschneiden. Das dürfte in Paris sicherlich auch eine Rolle spielen. Vor allem aber reiht sich das Eurokorps ein in die seit 1990 von Frankreich betriebene Politik

der „Einbindung“ des neuvereinten Deutschland. Da man die potentielle Überlegenheit des gewichtigen Nachbarn nicht ausgleichen kann, soll diese für französische Machtpolitik nutzbar gemacht oder neutralisiert werden.

Zu Beginn seiner Amtszeit konnte Präsident Jacques Chirac mit jenen feinen Windungen der französischen Strategie allerdings nur wenig anfangen. Wie jemand, der einfach länger auf den Präsidentenstuhl warten mußte, als ihm seelisch guttat, drehte er sogleich unbefangen wie zu Kaisers Zeiten an den Hebeln seiner scheinbaren Macht – und verbot sich gewaltig, wie spätestens nach den Muroa-Atomtests klar gewesen sein sollte.

Auf den damaligen Schreck folgte eine gewisse Beruhigung, an deren Ende sich Chirac auf die Grundlagen und Ziele jahrhundertalter französischer Außenpolitik

besann: nämlich Weltmacht zu entfalten auf einem eigenen Potential, das dafür allein viel zu klein ist.

Folgerichtig entdeckte der gereifte Herr im Elysee jenes Konstrukt, welches sein Vorgänger Mitterrand neben anderen zu eben diesem Zweck kunstvoll vorangetrieben hatte.

Jetzt nimmt sich auch der französische Generalstab wieder herzlicher des Eurokorps an. Der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ gegenüber beilegte sich das französische Verteidigungsministerium zu betonen, daß die Umwandlung von Frankreichs Streitkräften in eine Berufarmee (ein weiterer Alleingang Chiracs) keine Auswirkungen auf das Korps haben werde.

Allerdings kamen bei einer Mitte Dezember auf den Kanarischen Inseln abgehaltenen Eurokorps-Übung „Crisex“ gerade mal 350 Mann zusammen, obschon hier auch Ver-

treter anderer europäischer NATO-Mächte anwesend waren. Indes teilte der französische General und Oberbefehlshaber des Korps, Pierre Forterre, der britischen Nachrichtenagentur „Reuter“ mit, daß er keine Erweiterung der Truppe auf andere Länder wünsche. Es sei „vernünftiger“, wenn das Ganze ein „rheinisches Gefüge mit einem spanischen Zweig“ bliebe.

Überhaupt scheint sich Forterre über die begrenzten Möglichkeiten seiner Streitmacht im klaren zu sein: Sie solle eigentlich nur „scharf machen“ auf eine gemeinsame europäische Verteidigung, so wird vernommen. Bei den Spaniern zumindest scheint dieser Reiz der Euroarmee zu wirken. Sie streben an, auch ihre Feldgendarmerie, die „Guardia Civil“, in das Korps einzubringen, wie die spanische Zeitung „La Vanguardia“ berichtet.

Pierre Campguilhem / H. T.

Zeitspiegel

Wenige Wochen nach der blutigen Niederschlagung des Ungarnaufstandes registrierte man in Bonn, daß sich im deutschen Volk die Meinung verfestigte, nur durch die Lösung der nationalen Frage aus der bedrohlichen Umklammerung durch Moskau und Washington herauskommen zu können. Bundesaußenminister Heinrich v. Brentano griff diese Stimmung auf und versicherte namens der Bundesregierung insbesondere nochmals den völkerrechtlichen Gebietsstand von 1937. Veränderung von Grenzen seien nur durch frei vereinbarte friedensvertragliche Regelungen möglich:

Nur mit großem Bedauern stellt die Bundesregierung fest, daß die Hoffnungen und Wünsche der Gutwilligen und allzu Gutgläubigen nicht in Erfüllung gegangen sind. Schien es vorübergehend so, daß auch im Bereich des Sowjetblocks eine Entwicklung begonnen habe, die zu einer größeren Freiheit des unterdrückten Menschen und der unterdrückten Völker führen werde, so müssen wir heute mit Trauer feststellen, daß die Sowjetunion das Rad dieser Entwicklung aufgehoben, ja zurückgedreht hat. Die Konferenz, zu der die folgsamsten Satelliten der Sowjetunion zu Beginn dieses Monats nach Budapest einberufen wurden, bot ein makabres Schauspiel. Sollte vielleicht der Anblick dieser zerstörten Stadt ihnen klarmachen, wie schrecklich die Konsequenzen einer Auflehnung gegen den Willen der Machthaber im Kreml sind? Angesichts dieser Trümmer und inmitten des niedergeschlagenen ungarischen Volkes mußten sie feierliche Erklärungen abgeben, daß sie das Vorgehen der Sowjetunion in Ungarn gutheißen und sich zu der Einheit des sozialistischen Lagers unter sowjetischer Führung bekennen.

Es klingt wie eine Herausforderung, wenn man liest, wie von den Verfechtern der Einheit des Sowjetblocks immer wieder ein Argument ins Feld geführt wurde, das auch uns unmittelbar berührt: die Gefahr, die diesen Völkern angeblich von der westlichen Welt, von Amerika und von der Bundesrepublik Deutschland drohe. So wurde insbesondere dem polnischen Volk eingeredet, daß es durch die deutsche Aufrüstung, durch den deutschen Imperialismus und durch den deutschen Revisionismus bedroht sei. Alle die Stimmen, die einer Verständigung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk das Wort redeten, wurden übertönt.

Innerhalb und außerhalb Deutschlands wurde dabei auch die Frage der deutschen Ostgebiete in die öffentliche Diskussion einbezogen. Was dazu gesagt wurde, war nicht immer glücklich und beruhte nicht immer auf ausreichender Sachkunde.

Die Bundesregierung hat wiederholt in feierlichen Erklärungen ihren Standpunkt zu diesen Fragen dargelegt. Mit ihren Bündnispartnern ist sie darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß. Nur eine gesamtdeutsche Regierung und eine vom ganzen Volk gewählte Volksvertretung sind legitimiert, diese Entscheidung über die künftigen deutschen Ostgrenzen zu treffen. Die Bundesregierung hält daran fest, daß die Verhandlungen hierüber keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand Deutschlands die Grenzen des Deutschen Reiches am 31. Dezember 1937 maßgeblich sind, und daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Linie nicht als gegenwärtige oder künftige Grenze Deutschlands akzeptieren kann.

aus: Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Genfer Außenministerkonferenz 1959, Bonn 1959

Bürgerunmut:

„... gegen die Erosion des Rechtsstaats stemmen“

Brief Freiherr v. Maltzahn, Richter am Bundesgerichtshof, an den Hamburger Kaufmann Heiko Peters

Die Zerrüttung unseres Sozial- und Rechtsstaats greift immer weiter um sich. Unverantwortlich hohe Staatsverschuldung korrespondiert mit Rechtsbrüchen gegenüber den Vertriebenen oder aber auch gegenüber den Geschädigten im Rahmen der sogenannten SBZ-Enteignungen, führt hin zu Rentenbesteuerung und beispielloser Erhöhung der Kommunalabgaben.

Manchmal können private Zeugnisse über bestimmte Zeitergebnisse oft besser Auskunft über das tatsächliche Denken und Fühlen unseres Volkes geben als aufwendige Presse- und Fernsehberichte, um von den oft völlig verfehlten Parteiverlautbarungen hier ganz zu schweigen. Falk Freiherr v. Maltzahn, Richter am Bundesgerichtshof, schrieb Ende des letzten Jahres einen Brief an den politisch engagierten Hamburger Kaufmann Heiko Peters (CDU), der mit äußerst kostenaufwendigen Anzeigen auf das Unrecht der SBZ-Enteignungen von 1945 bis 1949 hinweist, den wir nachstehend in zwei Folgen abdrucken:

Mit Ihnen bin ich allerdings der Meinung, daß wir die Verpflichtung haben, uns gegen die Erosion des Rechtsstaats zu stemmen, auch wenn wir (wahrscheinlich) scheitern werden. Vermutlich werden Sie sehr bald Wind von vorne bekommen, auch von Ihren Parteifreunden. Die deutliche Sprache in Ihren Anzeigen vertritt die politische Nomenklatura Ihrer Partei nicht. Wer zur Sache nichts zu entgegnen hat, fängt nach bewährter Manier eine formale Diskussion an („so kann man das nicht angehen“ usw.). Herr Kohl versteht es zudem meisterlich, unbequeme Personen in seiner Partei auszuschalten, wie man an der farblosen und angepaßten Führungsregie seiner Partei ablesen kann.

Meine Frage, was ich zu Ihrer Unterstützung tun könnte, haben

Sie nicht beantwortet. Ich werde in der Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl meine freie Zeit nutzen und in Gymnasien und vor Studenten den Sachverhalt und den Beitrag der CDU zum Beutezug am Eigentum der Opfer kommunistischer Willkür in der Zeit von 1945 bis 1949 darstellen. Wahrscheinlich werde ich zusammen mit Philipp v. Boeselager (einem der letzten Überlebenden des 20. Juli 1944) auch bei der Jungen Union referieren. Die freie Zeit werde ich mir dadurch verschaffen, daß ich mich in Zukunft nicht mehr unentgeltlich für öffentliche Aufgaben verpflichten lasse, wie zur arbeitsintensiven Mitwirkung in einem von Minister Rüttgers einberufenen Sachverständigenkreis, dem die Aufgabe gestellt war, den Transfer staatlich geförderter Forschung (dafür werden fast 15 Milliarden DM pro Jahr aufgewendet) so zu verbessern, daß durch schnellere Innovationen am Markt der Forschungs-, Entwicklungs- und nicht zuletzt Produktionsstandort Deutschland gesichert wird. Ein wahrlich existentielles Thema für unser Land, so daß ich meine Mitarbeit nicht verweigern konnte. Ich überlege immer noch, wie ich es zeitlich schaffen könnte, einen mir angetragenen Lehrauftrag anzunehmen, weil ich so darauf hinwirken kann, bei den nachwachsenden Juristen das Bewußtsein zu schärfen, daß man letztlich seine eigenen Rechte verteidigt, wenn man sich dafür einsetzt, daß die Rechte auch von solchen Mitbürgern gewahrt werden, die als Wählerpotential nach der Einschätzung der Politiker nicht ins Gewicht fallen.

Als bitter empfinde ich es, daß ich Ihre Partei nicht mehr wählen und unterstützen kann. Ermutigend ist, daß ich unter dem Bildungs- und Besitzbürgertum zunehmend nachdenklicher werdende Zuhörer finde. Wer nicht zur Mehrheit gehört und in ihrem

Schutz lebt, ist auf das Recht angewiesen. Wenn es ausgehöhlt wird, gibt es für Minderheiten keinen Schutz. Was einen treffen kann, kann jeden treffen. Traditionelle Wähler aus dem bürgerlichen Lager haben die CDU (und die FDP) wegen ihrer rechtsstaatlichen Verlässlichkeit gewählt. Nur ein funktionierender Rechtsstaat kann sie vor einem ungehemmten und unvorhersehbaren Zugriff der jeweiligen politischen Mehrheit in unserem Land schützen. Ich höre in Ihrer Partei wieder den Trugschluß, dem schon Heiner Geißler erlegen ist, diese Wähler hätten zur CDU „keine Alternative“. Viele CDU-Wähler sind seinerzeit zu den Grünen übergelaufen und kommen nicht mehr zurück.

Die bürgerlichen CDU-Wähler machen sich über die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in unserem Land und über die alsbald massiv aufbrechenden Verteilungskämpfe keine Illusionen. Die Konzepte zur „Gegenfinanzierung“ von Steuerausfällen (z. B. durch Erhöhung des Erbschaftssteueraufkommens, Beibehaltung der Vermögensteuer für Privatpersonen bis hin zur Erhöhung der kommunalen Abgaben – Grundsteuer, Straßenanliegergebühren usw.) deuten bereits an, wie diese „Gegenfinanzierung“ aussehen wird. Außer Herrn Kohl, dem man nicht das Unrecht antun sollte, ihm zu unterstellen, daß er in wirtschaftlichen Fragen auch nur über eine minimale Kompetenz verfügt, weiß jeder, daß ein wirtschaftliches Wachstum wenig wahrscheinlich und daß eine Senkung der Arbeitslosenzahlen fast ausgeschlossen ist. Betrachtet man dazu die Altersstruktur unserer Bevölkerung, wird schnell klar, daß zu einer Senkung der Steuer- und Abgabenlast faktisch keine Möglichkeit besteht, es sei denn, daß unser Sozial- und Rentensystem durch weitere Vermehrung der Staatsverschuldung finanziert wird, mit allen bekannten Folgen, die in jedem volkswirtschaftlichen Seminar dargestellt werden. Manchmal habe ich den Eindruck, daß unsere regierende Kaste nur die nächste Wahl im Auge hat und nach dem Grundsatz verfährt: Après moi le déluge. Betrachtet man, was die Regierungskoalition zur Zeit politisch bietet, kann ein Regierungswechsel kaum mehr zu einer Verschlechterung führen. Hätte die SPD Köpfe vom

Format Karl Schillers aufzuweisen anstelle des Louis aus Saarbrücken und des roten Fadens aus Rheinland-Pfalz, würde ich sie wählen.

Als „Argument“ für die Aufrechterhaltung und Vollendung des Unrechts höre ich aus der CDU die unehrliche Behauptung, nach Abschluß der parlamentarischen Beratung im Deutschen Bundestag und der Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht gebe es „bedauerlicherweise keine Möglichkeit mehr, den Entscheidungsprozeß zu wiederholen“.

Es ist offensichtlich aussichtslos, den maßgeblichen Politikern der CDU die Einsicht Gustav Radbruchs zu vermitteln, daß das Recht in Zentimetern stirbt. Dabei

Podiumsdiskussion
anläßlich der Grünen
Woche in Berlin

Die Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V. lädt zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Neue Länder – Neue Lage '97“ alle SBZ-Enteigneten sowie alle interessierten Mitbürger in das Berliner ICC, Saal 4/5 am Samstag, 25. Januar, 14 bis 17 Uhr ein. Die Leitung der Gesprächsrunde liegt bei Manfred Graf von Schwerin, Hamburg.

könnten sie die mit der von Ihnen angeprangerten Staatshehlerei in Gang gesetzte Erosion des Rechts erkennen, würden sie nur genau hinsehen. Denn nach demselben Vorbild sind die Eigentümer der Mauergrundstücke behandelt worden. Ich habe noch heute die Vorlesungen des Staatsrechtlers Karl August Bettermann (er ist im Zuge der 68er-Querelen von Berlin nach Hamburg gegangen) und des Präsidenten des BVerwG Fritz Werner sowie des damaligen Lehrbeauftragten an der FU Berlin und jetzigen Rechtsanwalts Prof. Dr. Finkelnburg (früherer Senator, CDU) über den Rechtsstatus von Groß-Berlin nach dem Mauerbau 1961 im Ohr. Niemand der Spitzenjuristen in unserem Land hat jemals in Frage gestellt, daß es ein glatter Verstoß gegen den Viermächte-Status sei, eine Mauer durch Berlin zu ziehen und daß selbstverständlich auch die Enteignungen zur Schaffung freien

Schussfeldes an dieser Grenze rechtswidrig seien. Heute wird die Frage der Wirksamkeit der Konfiskationen von 1945 bis 1949 mit der Bestandskraft des Besatzungsrechts begründet, während es bei der Frage der Mauergrundstücke eine Bindung an Besatzungsrecht (Vier-Mächte-Statut) nicht geben soll. Der Grund ist einfach: Im zuerst genannten Fall rechtfertigt die Anwendbarkeit des Besatzungsrechts und im zuletzt genannten Fall die Unanwendbarkeit des Besatzungsrechts den Zugriff des Staates auf das Privateigentum. Auch die Mauereigentümer haben politisch keine Chance, weil sie als Wählerpotential ohne Bedeutung sind und der Staat an den Grundstücken im Zentrum Berlins interessiert ist. Die Veranstaltung heißt Rechtsstaat.

Ich bin von Hause aus Dipl.-Ing. Als ich mit dem juristischen Zweitstudium begann, kanzelte mich der damalige Vorstandsvorsitzende der GHH, Hermann Reusch, wie folgt ab: „Willst Du so einer werden wie der... (und er nannte den Namen eines prominenten Juristen)? Wenn ich dem richtig unter die Weste fasse, kommt das Recht so raus, wie ich es haben will.“ Ich war damals wütend. Heute tue ich diesem bedeutenden Hausmeister der Haniels in-nerlich Abbitte.

Nach den Mauereigentümern hat die Erosion des Rechts die sog. Bodenreformrenten erfaßt. Es ist Ihnen seinerzeit vorgegaukelt worden, der Fortbestand dieses durch das sog. Modrow-Gesetz zum Volleigentum aufgewerteten Rechts sei durch den Einigungsvertrag gesichert. Dies war damals neben der angeblichen Forderung der Sowjetunion ein zusätzliches publikumswirksames Argument, die in der SBZ von 1945 bis 1949 Enteigneten von der Restitution ihres Eigentums auszuschließen. Nachdem der Zugriff gelungen war, hat die Regierungskoalition nachträglich Art. 233 § 12 Abs. 3 EGBGB eingeführt, der bestimmt, daß die Bodenreformrenten ihre Bodenreformgrundstücke an den Fiskus des Landes herausgeben müssen, in dem die Grundstücke belegen sind, wenn sie, wie die meisten, bei Ablauf des 15. März 1990 nicht mehr in der Landwirtschaft tätig waren.

Fortsetzung folgt



Schenken Sie Freunden, was sie regelmäßig lesen sollten

Die Geschenkkarte haben wir schon vorbereitet, um den neuen Empfänger des Ostpreußenblattes über das Geschenk-Abonnement zu informieren.

☐ Ich informiere selbst ☐ Schicken Sie die Geschenkkarte an den Empfänger

Hier eine Auswahl der Werbepremien (bitte ankreuzen):

- ☐ Neu: Burgen, Städte, deutsches Land, von Friedrich Borchert
- ☐ Neu: Klops und Glumse, von Marion Lindt und Robert Johannes
- ☐ Neu: Mein Weihnachtsbuch, von Agnes Miegel
- ☐ Neu: Winter und Weihnacht in Ostpreußen, von Gert O. E. Sattler
- ☐ Reise durch Ostpreußen (aktuelle, farbige Großaufnahmen)
- ☐ Das Jahrhundert der Lüge, Hugo Welles
- ☐ Spezialitäten aus Ostpreußen, Marion Lindt (Kochbuch)
- ☐ DM 20,- (durch Überweisung / per Scheck)

Bestellschein bitte einsenden an: Das Ostpreußenblatt, Vertrieb
Telefon (0 40) 41 40 08 42 Parkallee 84/86, 20144 Hamburg

Für bestehende und eigene Abonnements wird keine Prämie gewährt.

GESCHENKBESTELLSCHHEIN

Bitte, liefern Sie ab: _____ für die Dauer eines Jahres
die Wochenzeitung *Das Ostpreußenblatt* an folgende Anschrift:

Vor- und Zuname: _____

Straße / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Das Bezugsgeld buchen Sie bitte ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich
von meinem Konto ab. DM 34,50 DM 69,00 DM 138,00 ☐ Inland
DM 44,70 DM 89,40 DM 178,80 ☐ Ausland
DM 256,80 ☐ Luftpost

Bankleitzahl: _____ Konto-Nr.: _____

Name des Geldinstituts: _____

Vor- und Zuname des Kontoinhabers: _____

Straße / Nr. des Auftraggebers: _____

PLZ / Ort: _____

Falls Sie keine Abbuchung wünschen, warten Sie bitte unsere Rechnung ab.

Datum: _____ Unterschrift: _____

In schwerer Zeit

Die Stimme des Dichters

Den Dichtern ist es gegeben, in ihren Werken die menschlichen Werte darzustellen, den Ruf nach Humanität erklingen zu lassen. Gerade in Zeiten totalitärer Systeme sind sie gefordert, die Stimme zu erheben. Das gilt in der Vergangenheit ebenso wie in der Gegenwart.

Zu den Autoren, die nicht geschwiegen haben, als Unrecht geschah, gehört der Ostpreuße Ernst Wichert; ein Dichter, der selbst großes Leid erfahren hat. In seinem erschütternden Bericht „Der Totenwald“, als Ullstein Taschenbuch wieder herausgekommen (Nr. 24038, 144 Seiten, brosch., 9,90 DM), schildert er eindringlich seinen Aufenthalt im KZ Buchenwald. Ein Buch, das noch heute die Seele des Lesers ergreift, vor allem, weil der Berichtsteller sich selbst zurücknimmt und das Leiden all derer in den Vordergrund rückt, die im „Zug des Schattens“ an ihm vorüberziehen. Ein Bericht – „den Toten zum Gedächtnis, den Lebenden zur Schande, den Kommenden zur Mahnung“, wie Ernst Wichert im Nachwort schreibt.

Der Ostpreuße gehört neben Werner Berggruen und Edzard Schaper zu den drei Autoren, denen 1994 eine Tagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Stuttgart gewidmet war. Unter dem Titel „Wort und Dichtung als Zufluchtsstätte in schwerer Zeit“ ist jetzt im Berliner Gebr. Mann Verlag eine Schrift mit den Vorträgen der Tagung herausgekommen (Hrsg. Frank-Lothar Kroll, 154 Seiten, brosch., 29 DM). Namhafte Wissenschaftler regen mit ihren Beiträgen nicht zuletzt dazu an, wieder einmal ein Buch des einen oder anderen Schriftstellers zu lesen. **os**

Sparen durch kleine Schritte

Aus der Arbeit der Stiftung Preussischer Kulturbesitz in Berlin

Knapp zehn Jahre benötigte man, um im alten Hamburger Bahnhof in der Berliner Invalidenstraße ein Museum für Gegenwartskunst zu eröffnen. Der 150 Jahre alte ehemalige Bahnhof, später als Verkehrs- und Baumuseum genutzt, präsentiert seit November 1996 „alle Aspekte, die für uns gegenwärtig sind: Künstler, Medien, Alltagskultur, Diskussion, Musik, Performances und Lesungen“, so Dieter Honisch, Direktor der Berliner Nationalgalerie, in einem bei Prestel herausgekommenen Museumsführer „Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart, Berlin“ (144 Seiten, zahlr. farbige und sw Abb., brosch., 16,80 DM). „Gegenwart“, so Honisch, „ist nicht nur das, was Künstler heute machen; der Begriff Gegenwart bezeichnet auch die Art und Weise, wie wir Dinge heute sehen.“

Im Mittelpunkt der Präsentation steht die Sammlung Erich Marx mit Werken von Beuys, Rauschenberg, Cy Twombly und Andy Warhol. Das neue Haus, das auch Sammlungsbestände von vier anderen Museen – der Nationalgalerie, dem Kupferstichkabinett, dem Kunstgewerbemuseum und der Kunstbibliothek – zeigen wird, gehört zur Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die vor 40 Jahren per Gesetz ins Leben gerufen wurde, um „die der Stiftung übertragenen preussischen Kulturgüter für das deutsche Volk zu bewahren, zu pflegen und zu ergänzen sowie eine Nutzung dieses Kulturbesitzes für die Interessen der Allgemeinheit, für Wissenschaft und Bildung und für den Kulturaustausch zwischen den Völkern zu gewährleisten“. Erster Präsident der Stiftung war übrigens ein Ostpreuße: Hans-Georg Wormit aus dem Kreis Bartenstein.

„Sammlungen sind so lange lebendig, wie sie wachsen“, hat Prof. Dr. Werner Knopp, seit 1977 Präsident der Stiftung, einmal gesagt. Und gewachsen, besser unvermutet größer geworden, sind die Sammlungen in Berlin durch die Vereinigung der Schätze in Ost und West. Museen müssen neu gegliedert, bestehende Sammlungen anders verteilt werden. Das verursacht erhebliche Kosten, ganz zu schweigen von den notwendigen Bau- und Renovierungsmaßnahmen. Bund und Länder, die an der Stiftung beteiligt sind, einigten sich nach langem Ringen auf ein Abkommen über die gemeinsame Finanzierung der Einrichtung. Dennoch muß allerorten gespart werden.

Schon 1995 waren Sparen und eine allen Widrigkeiten zum Trotz gute Präsentation der Kulturschätze die Kernpunkte der Arbeit der Stiftung. Das im 32. Jahrgang erscheinende **Jahrbuch der Stiftung Preussischer Kulturbesitz** (Gebr. Mann Verlag, Berlin, 474 Seiten, 120 Abb., davon 12 in Farbe, Efa mit Schutzumschlag, 48 DM) gibt einen umfassenden Überblick über diese Arbeit und erinnert an denkwürdige Ereignisse wie etwa den 150. Geburtstag Wilhelm von Bode oder die Gewinnung der Sammlung Berggruen für Berlin.

Eine Arbeit, die durch leicht ansteigende Besucherzahlen in den Museen von den Bürgern gewürdigt wird. So konnte zum Beispiel die Alte Nationalgalerie auf der Museumsinsel 1995 128 000 Besucher verzeichnen. Dort werden heute Gemälde und Skulpturen des 19. Jahrhunderts präsentiert, darunter einige Gemälde von Lovis Corinth oder Adolph von Menzel und Caspar David Friedrich,



Adolph von Menzel: Flötenkonzert Friedrichs des Großen in Sanssouci (Öl, um 1849)

Skulpturen von Schadow, Thorvaldsen, Rauch und Tieck.

In einem bei Prestel herausgekommenen Museumsführer wird die Geschichte der Alten Nationalgalerie ausführlich erläutert (128 Seiten, zahlr. farbige und sw Fotos, brosch., 19,80 DM). Eng verbunden mit ihrer Entwicklung zu einer der bedeutendsten Sammlungen in Berlin ist der Name Hugo von Tschudi, der 1896 bis 1909 ihr Direktor war. Eine Ausstellung zeigte in Berlin bis Anfang Januar Werke, die er für „sein“ Museum angekauft hatte (Manet, Monet, Degas, Cezanne, Renoir und Rodin). Ankäufe, die nicht alle Kreise damals begeistert aufnahmen. Tschudi ging daraufhin als Direktor der heutigen Bayerischen Staatsgemäldesammlungen nach München. Dort wird die Ausstellung vom 24. Januar bis 11. Mai präsentiert.

Silke Osman

Spurensuche

Friedrich der Große

In diesem Jahr sind genau 250 Jahre ergangen, da der große König sein „Weinberghäuschen“ bezog. Gemeint war das prachtvolle Schloß Sanssouci, das er selbst entworfen hatte und das noch heute die Besucher aus nah und fern in seinen Bann zieht. Dabei hatte Friedrich II. bescheiden gemeint: „Ich will nicht wie die Römer bauen, es soll nur mein Leben dauern.“

Die feierliche Einweihung fand am 1. Mai 1747 statt. Von weit her kamen schon damals die Besucher angereist – Monarchen und „Merkwürdigkeiten“. Unter letzteren kein anderer als Giacomo Girolamo Casanova, der den König sprechen wollte. Der Gast erhielt schließlich eine Audienz im Freien und sogar das Angebot einer Erzieherstelle an der Kadettenschule für pommersche Junker. Ein Angebot, das Casanova allerdings ablehnte. Was die jungen Herren von ihm gelernt hätten, mag dahingestellt sein ...

Sanssouci und Friedrich der Große werden meist in einem Atemzug genannt. Aber noch andere Orte in Deutschland weisen Spuren des Hohenzollern auf. Ihnen nachgegangen sind Gert von Bassewitz mit der Kamera und Alexander Rost mit der Feder, sprich Schreibmaschine. Herausgekommen ist ein Buch im Hamburger Verlag Ellert & Richter: **Auf Friedrichs des Großen Spuren**. Eine Bildreise (96 Seiten, viele Farb- und SW-Fotos, eine Karte, glanzkaschierter Pappband, 19,80 DM). Diese Bildreise führt von der Festung Küstrin bis zum Grab in Sanssouci und regt an, alle diese geschichtsträchtigen Stätten selbst aufzusuchen. **man**

Gefühl für die menschliche Wirklichkeit

Der Richter und Dichter Ernst Wichert aus Insterburg / Von Paul Fechter +

Der Name Ernst Wicherts, einst großer Ruhm des deutschen Ostens, wäre völlig vergessen, hätte nicht in den dreißiger Jahren ein Film nach einem seiner Bühnenstücke seinen Namen flüchtig wieder heraufbeschworen. Heute ist er zu Unrecht verschwunden, denn in seinem Träger lebte ein Gutteil besten Ostens, und er hat geholfen, sehr viel von diesem deutschen Osten im Bewußtsein sogar des westlichen Reichs lebendig zu erhalten.

Ernst Wichert war Jurist, 1831 in Insterburg geboren (am 11. März, d. Red.), der Vater war selbst bereits im Lande Ostpreußen weit bekannter Vertreter des Rechts. Der Sohn studierte in Königsberg, kam als junger Richter zuerst nach Memel, dann nach Prökuls bei Heydekrug, in die Gegend, in der damals gerade der Knabe Hermann Sudermann heranwuchs. Drei Jahre, von 1860 bis 1863, wirkte er dort, im Bannkreis des Kurischen Haffs, des großen Memelstroms und seiner Mündungsarme; dann holte man ihn nach Königsberg zurück, als Stadtgerichtsrat. Ein Vierteljahrhundert war er in der Stadt Kants tätig; zuletzt betraf man ihn als Kammergerichtsrat nach Berlin, wo er, ein später Nachfahre E. T. A. Hoffmanns, noch bis 1902 gewirkt hat (er starb am 21. Januar des gleichen Jahres, d. Red.). Er gab seiner Selbstbiographie mit Recht den Titel „Richter und Dichter“; bis ins hohe Alter amtlich tätig, hat er zugleich nicht weniger als sechzig Bände gesam-

melter Werke hinterlassen; Dramen, Romane, Novellen, darunter einen Band, der ein Vierteljahrhundert nach seinem Erscheinen im Werke eines jüngeren Landsmanns ein seltsames Seitenstück bekommen, eine wunderliche Auferstehung feiern sollte.

Der Ruhm des Dichters Wichert im Reich beruhte auf seinem dramatischen Schaffen. In der Zeit zwischen Hebbel und dem Naturalismus gehörte er wie Gustav Freytag und die ganze spätbürgerliche Generation der Literatur zu den beliebtesten Bühnenaufgeboten; man sieht es noch heute an den älteren Verzeichnissen der Reclamschen Universalbibliothek, die eine Menge seiner Dramen aufgenommen hatte und bis 1914 und länger immer wieder gedruckt hat.

Das Königliche Schauspielhaus spielte Wichert mit Vorliebe; in Fontanes gesammelten Kritiken stößt man mehr als einmal auf seinen Namen, weil er einer der wenigen war, die Menschenkenntnis und leichte Hand, Erfahrung und Humor besaßen. Er hat Tragödien und Zeitstücke geschrieben, wie „Peter Munk“, „Aus eigenem Recht“ oder die „Realitäten“; er hat sogar einmal einen „Washington“ gedichtet. Sein Ansehen aber ruhte auf seinen Lustspielen: Eine Komödie wie „Ein Schritt vom Wege“ hat man nicht mit Unrecht neben Feytags „Journalisten“ gestellt. Er brachte Sinn für die Szene und zugleich Gefühl für die menschliche Wirklichkeit mit: das ergab Resultate, die sich damals weit über Durchschnittserzeugnisse des Tages erhoben und Wicherts Arbeit für die Theater jener Jahre fast unentbehrlich machten.

Trotzdem nehmen die Dramen nur einen geringen Raum in seinem Gesamtwerk ein. Seine Hauptarbeit galt seinen Romanen, und unter diesen vor allem seinen großen Erzählungen aus der preussischen Geschichte. Sein wenigstens im Osten volkstümlichstes Buch war der dreibändige „Heinrich von Plauen“, mit dem er so etwas wie den ostpreussischen „Kampf um Rom“ schuf. Generationen junger Menschen haben dieses Buch von Kampf und Untergang des Retters der Marienburg verschlungen – mit Recht; trotz allem Romanhaften ist es ein Stück gestalteter deutscher Geschichte, wie wir wenige besitzen. Wichert ließ dem Werk weitere Erzählungen folgen, den Tilemann vom Wege, den Großen Kurfürsten in Preußen, die Tragödie des Schöppenmeisters Rohde in Thorn; die mitreißende Wirkung des Heinrich von Plauen erreichte er nicht wieder. Die spätere Geschichte gab nicht mehr den mittelalterlichen Glanz her, der über dem letzten Kampf des Ordens um sein Dasein lag; und Wicherts eigenes Interesse hatte wohl auch begonnen, um andere wesentliche Aufgaben zu kreisen.

Denn dieser Mann, bei dessen Namen die meisten heute bestenfalls die Vorstellung eines sympathischen Erzählers für die reifere Jugend haben, hat neben seinen vielen Dramen und Romanen ein Buch hinterlassen, das aus der Entwicklungsgeschichte der deutschen Literatur nicht herauszulösen ist, die „Litauischen Geschichten“ von 1881. Sie tragen den gleichen Titel wie Sudermanns berühmte Novellen und spielen im Werk Wicherts die gleiche Rolle: sie sind seine stärkste und bleibende Leistung.

Der junge Richter in Memel und Prökuls hatte die wunderbare Welt um das Haff und die großen Ströme aus eigener Anschauung kennengelernt; sein Beruf als Jurist, ferner die Erzählungen eines alten Gerichtssekretärs hatten ihn die Menschen des Landes mit ihrer noch urhaften Wildheit und Ungezähmtheit immer wieder erleben lassen: So konnte er sie mit einer Echtheit und Unmittelbarkeit hinstellen, die Sudermanns im Dichterischen stärkere Geschichten vorbereitend und fundierend ankündigten. Eine Erzählung wie „Ewe“ steht neben Sudermanns „Jons und Erdme“ wie der Bericht eines Mannes von gereiftem Alter neben der beteiligten Gestaltung eines Jüngeren: Man erlebt den Wandel, den die Zeit an zwei aufeinanderfolgenden Generationen vollzogen hat, und erlebt zugleich in beiden die wunderbare, stärkende Kraft des heimatlichen Bodens, aus dem die Leistungen dieser beiden Männer gewachsen sind und über Zeit und Landschicksal hinweg fortleben.

thischen Erzählers für die reifere Jugend haben, hat neben seinen vielen Dramen und Romanen ein Buch hinterlassen, das aus der Entwicklungsgeschichte der deutschen Literatur nicht herauszulösen ist, die „Litauischen Geschichten“ von 1881. Sie tragen den gleichen Titel wie Sudermanns berühmte Novellen und spielen im Werk Wicherts die gleiche Rolle: sie sind seine stärkste und bleibende Leistung.

Der junge Richter in Memel und Prökuls hatte die wunderbare Welt um das Haff und die großen Ströme aus eigener Anschauung kennengelernt; sein Beruf als Jurist, ferner die Erzählungen eines alten Gerichtssekretärs hatten ihn die Menschen des Landes mit ihrer noch urhaften Wildheit und Ungezähmtheit immer wieder erleben lassen: So konnte er sie mit einer Echtheit und Unmittelbarkeit hinstellen, die Sudermanns im Dichterischen stärkere Geschichten vorbereitend und fundierend ankündigten. Eine Erzählung wie „Ewe“ steht neben Sudermanns „Jons und Erdme“ wie der Bericht eines Mannes von gereiftem Alter neben der beteiligten Gestaltung eines Jüngeren: Man erlebt den Wandel, den die Zeit an zwei aufeinanderfolgenden Generationen vollzogen hat, und erlebt zugleich in beiden die wunderbare, stärkende Kraft des heimatlichen Bodens, aus dem die Leistungen dieser beiden Männer gewachsen sind und über Zeit und Landschicksal hinweg fortleben.

Kulturnotiz

Szenen aus dem Bochumer Theaterleben werden dargestellt anhand von Ölbildern und Zeichnungen des Malers und Pressezeichners Richard Sprick (1901–1968). Anlässlich der Ausstellung hat Karen Kestermann, Tochter des Künstlers, der auch in Ostpreußen lebte und arbeitete, drei Mappenwerke herausgegeben. Sie enthalten Porträts bedeutender Schauspielers in Rollenkostümen (je acht Kunstdrucke auf Bütteln). Die Ausstellung ist noch bis zum 2. Februar in der Wasserburg Haus Kemnade, An der Kemnade 10, 45527 Hattingen, dienstags bis freitags 11 bis 17 Uhr und am Wochenende 10 bis 17 Uhr zu sehen.



Wieder in Ostpreußen gesichtet: Trakehner Pferde

Foto Hüttenbach

Einige notwendige Korrekturen

Betr.: Folge 1/97, Seite 8, „Sicherung der Heimat erstrebt“ von Dr. Otto von Schott

Der Artikel von Dr. Otto von Schott hat mir wegen seiner sachlichen und umfassenden Darstellung gut gefallen. Leider finden sich aber einige Fehler, die ich aufgrund eigener Kenntnis korrigieren darf.

Der beim Kapp-Putsch in Ostpreußen amtierende Oberpräsident verdient es, mit Namen genannt zu werden: Es war August Winnig, Arbeiterkind, Sozialdemokrat und aus eigener Kraft bis in seine hohe Stellung gelangt (vom Maurer zum Oberpräsidenten) und hat für den Schutz Ostpreußens sehr viel geleistet. Es gibt auch eine ganze Reihe Publikationen von ihm.

Sein Nachfolger hieß nicht Zier, sondern Siehr. Es war auch nicht der Justizrat S., sondern der ehemalige Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt Ernst Ludwig Siehr, geboren in Heinrichswalde, später in Insterburg. Er hat die Bemühungen um den Schutz Ostpreußens tatkräftig fortgeführt, auch erreichte er die Einrichtung der „Ostpreußenhilfe“ für die Landwirtschaft. Als Papen die preußische Regie-

rung 1932 absetzte, ließ er sich pensionieren.

Der Hauptverantwortliche bei der Volksabstimmung 1920 heißt richtig: Wilhelm Freiherr von Gayl. Er bekleidete viele Ämter in der Verwaltung, zuletzt als Reichsminister des Innern im Kabinett v. Papen, bis 1932.

Die Palaestra Albertina ist schon lange vor dem Berichtszeitraum errichtet worden: 1896 durch ihren Stifter Dr. med. Friedrich Lange eröffnet. Er war Alter Herr der Burschenschaft Gothia, sie war die zweitälteste der Königsberger Burschenschaften (1854), ist aber unter den im Artikel aufgeführten dort nicht erwähnt. Einer ihrer ersten Mitglieder war der später sehr bekannte Königsberger Chirurg Prof. Dr. Ernst Burow. Er hatte schon mit 18 Jahren den Segelclub Rhe-Königsberg gegründet, der noch heute als ältester deutscher Segelverein in Hamburg besteht.

In der Palaestra befand sich neben Turn- und Fechthalle sowie Tennisplätzen und – seit 1918 – einer Mensa auch ein großes Hallenschwimmbad. Im Ersten Weltkrieg wurde es leergepumpt und, nach der Beschlagnahme durch die Heeresverwaltung, dem Lazarett zugeteilt und mit Betten für die Verwundeten zugestellt (eigene Erinnerung).

Die vom Verfasser richtig erwähnten Maßnahmen zur Ver-

mehrung der militärisch einsetzbaren Bürger- und Studentenkraft begannen sehr bald nach der Abtrennung unserer Heimatprovinz. Ich selbst habe es durch Vermittlung des Oberst v. Weller erlebt, daß ich Juni 1924 eine halbjährige Ausbildung als Infanterist in der 9. Komp. des Inf. Regts. 2 erhielt. Der Standort war Lötzen, Deutsch-Ordenskaserne, Angerburger Straße. Mit mir waren zu der Zeit etwa 60 Studenten, junge Kaufleute sowie einige Handwerker dort. Die Ausbildung wurde genau wie bei den Freiwilligen der Reichswehr durchgeführt. Damit war sie gegenüber den Verhältnissen der späteren Wehrmacht wesentlich härter.

Der Bürgermeister Dr. Carl Friedrich Goerdeler ist so richtig zu schreiben.

Der als Corpsstudent (S. C. Masovia) erwähnte Landrat Dr. Paul Josubeit in Labiau war mir gut bekannt, ja sogar befreundet. Er wurde als überzeugter Demokrat 1933 sofort entlassen und versuchte sein Heil zunächst in einer Kaufmannstätigkeit, um dann schließlich sich als Offizier reaktivieren zu lassen, die vornehmste Form der inneren Emigration, wie es Gottfried Benn genannt hat. Nach zehn Jahren sowjetischer Kriegsgefangenschaft kam er 1955 schwer krank nach Hause und hat nur noch kurze Zeit gelebt.

Dr. Wolfgang Scholz
Hamburg

Du sollst nicht stehlen!

Naiverweise glaubte ich immer, daß eine Regierung, die sich im Grundgesetz auf christliche Grundwerte beruft, das „du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus, Hof ... usw.“ als Maxime ihres Handelns sehen müßte. Namhafte Persönlichkeiten, wie Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig, haben auf das Unrecht des Festhaltens des in der SBZ beschlagnahmten Besitzes hingewiesen. Was muß noch geschehen, wenn maßgebende Stimmen weder beachtet noch ernst genommen werden?

Die Vertriebenen wurden mit einem „Ei und einem Appel“ abgespeist, jetzt sind die Mitteldeutschen an der Reihe, die in all den Jahren die Regierung gewählt haben, die immer wieder auf den „Unrechtsstaat DDR“ hingewiesen hat. Doch das, was einem früher nie

gehörte, möchte man nun nicht gern herausrücken. Wenn Mitteldeutsche meinen, „jetzt sollen wir all das wieder zurückgeben, was uns solange gehörte“, sind sie wohl noch von dem jahrzehntelang injizierten Bild des „Klassenfeinddenkens“ geprägt, dem natürlich auch der „preußische Junker“ mit seinem Besitz zuzuordnen ist.

Ich habe „drüben“ mein enteignetes Grundstück zurückbekommen. Gerade deshalb verschleße ich meine Augen nicht vor dem Unrecht, das anderen durch ihren konfiszierten Besitz geschah. Wenn man das Potsdamer Glockenspiel mit „Üb immer Treu und Redlichkeit“ hört, fragt man sich, wie weit hat man sich eigentlich von einer gewissen Redlichkeit in manchem entfernt?

Margarete-Elfriede Krause
Pattensen

Einige sind gleicher als andere

Es war einmal ... da gab es einen hochangesehenen Bundestagspräsidenten mit Namen Gerstenmaier, Mitglied der CDU. Eines Tages machte man ihm zum Vorwurf, Wiedergutmachungsgelder kassiert zu haben, mit der Begründung: Wäre er von den Nazis nicht verfolgt worden, wäre er Professor geworden. Die Opposition – seinerzeit gab es die Grünen nicht – forderte vehement seinen Rücktritt. Er trat zurück.

Jetzt haben wir eine Bundestagspräsidentin, Frau Rita Süssmuth. Sie ist auch Mitglied der CDU. Man wirft ihr vor, daß sie allein 31mal mit Flugzeugen der Bundeswehr nach Zürich geflogen ist, angeblich wegen dienstlicher Obliegenheiten. Zu dieser Zeit studierte in Zürich ihre Tochter. Als die Tochter dann in Amerika studierte, hatte die Präsidentin keine dienstlichen Obliegenheiten mehr in Zürich zu erledigen, kein einziges Mal.

14mal flog Frau Süssmuth mit der Bundeswehr Richtung Holland. Sie landete nicht auf einem der üblichen Groß-Flugplätze, sondern auf einem ganz kleinen, der sonst kaum angefliegen wird, dafür

aber den Vorteil hat, daß er in der Nähe des Ferienhauses der Frau Bundestagspräsidentin liegt.

Nun hätte man erwartet, daß die Opposition – SPD und Grüne – vom Leder zieht und den Rücktritt der Bundestagspräsidentin fordert. Aber nein, ganz im Gegenteil. Sie wird von ihren politischen Gegnern verteidigt.

Natürlich kann die Bundestagspräsidentin sagen: „Honny soit qui mal y pense.“ Aber merkwürdig bleibt die verkehrte Frontstellung doch.

Hinzu kommt, daß man der Bundestagspräsidentin vorwerfen muß, daß ihr offensichtlich jedes Gefühl für politischen Anstand fehlt. Sie hatte doch schon einmal eine Affäre, als herauskam, daß ihr Mann einen ihrer Dienstwagen ständig benutzte. Auch damals wies sie überall herum und bat um Unterstützung, die sie ebenfalls hauptsächlich von der Opposition erhielt, weil sie zum ganz linken Flügel der CDU gehört.

Man einigte sich schließlich darauf, daß ihr Mann zahlen mußte, nicht viel, aber wenigstens etwas. Heinz Gomann, Lienz/Österreich

Ein Sprecher mit Durchblick

Betr.: Folge 1/97, Seite 1, „Keinen Sinn für Recht und Gerechtigkeit“ von Wilhelm v. Gottberg

Beispielhaft, mit welchem Mut und politischem Durchblick der Bundessprecher unserer Landsmannschaft, Wilhelm v. Gottberg, an die Öffentlichkeit tritt: Dank dem Ostpreußenblatt für die Veröffentlichung „Ostpreußen lebt – Keinen Sinn für Recht und Gerechtigkeit“, mit diesem Leitartikel zum Auftakt des neuen Jahres 1997 weist der Bundessprecher vielen (vertrauten, wirklichkeitsfernen) Politikern den Weg. Sie müssen zurückfinden zur Wirklichkeit und zum Verfassungsgebot, Recht und Würde für unser Volk zu respektieren, zu vertreten und durchzusetzen. Wilhelm v. Gottbergs Mahnung sollte der Politik Wegweisung sein: „Wir haben es

weit gebracht mit der radikalen Abkehr vom Preußentum. Annähernd fünf Millionen Arbeitslose und die unvorstellbar hohe Staatsverschuldung von über zwei Billionen DM sind ein furchtbares Ergebnis der Mißachtung preußischer Werte ...“

Und: „Das Recht auf die Heimat ist den Ostpreußen, Pommern, Schlesiern und Sudetendeutschen bis heute nicht zuerkannt worden. Das durch die Verfassung geschützte Recht auf Eigentum wurde durch Regierung und Parlament bei Heimatvertriebenen und den in Mitteldeutschland zwischen 1945 und 1949 Enteigneten negiert ...“

Klare Sprache, die auch – endlich! – von den Politikern verstanden werden sollte!

Henning Wolff, Burg a. F.

Abo vom Vater übernommen

Seit Jahrzehnten gehört Das Ostpreußenblatt zu meiner überaus geliebten Literatur. Ich hatte das Abonnement von meinem Vater nach dessen Tod übernommen.

Die ausgezeichneten Artikel über Politik und Wirtschaft sind überwiegend klar geschrieben und zeugen von großartiger Gesinnung ihrer Verfasser. Ähnliches findet man heute nicht mehr in anderer Presse. Schöne Erzählungen aus dem wunderbaren Land im Osten runden den Charakter der Gesamtberichterstattung ab.

Beim Lesen der Seite Kultur erfährt man Interessantes über Schriftsteller und Künstler, die Ostpreußen waren oder dort gewirkt haben. Dafür muß hier Frau Osman gedankt werden.

Für die in letzter Zeit für mich zu weit hinten angestellte „Ostpreußische Familie“ möchte ich ganz besonders danken. Wie viele schöne Erinnerungen über Brauchtum werden hier wachgerufen und weitervermittelt. Ihrer und unserer verehrten Ruth Geede muß besonderer Dank gesagt werden. Möge es ihr vergönnt sein, noch lange ihre ganze Seele weiter in diese Berichtserie einfließen zu lassen.

Sehr gefreut hat mich das Titelbild in der Weihnachtsausgabe als Foto eines Ölbildes meines Groß-

vaters Karl Storch d. Ä. Die Originalbezeichnung heißt: Das Königsberger Schloß im Winter, es entstand 1941. Ich habe es noch vor Augen, auf seiner Staffelei stehend in seinem Atelier in der Luisenallee. Schade finde ich, daß Sie den Maler, der es schuf, nicht erwähnten, stattdessen nur „Foto Archiv“, kühl und nüchtern. Die Stadtverwaltung Königsberg hatte es erworben und es ist auch aufgenommen in dem kleinen Kanterbüchlein, welches herausgegeben wurde anlässlich seines 80. Geburtstages am 28. Januar 1944, den er noch im friedlichen und unzerstörten Königsberg begehen konnte.

Ich wünsche dem Ostpreußenblatt und seinem gesamten Gestaltungstab ein gutes 1997 mit Gesundheit für alle, damit die schöne Zeitung uns erhalten bleibt, wie sie bisher war.

Detlev Storch, Bad Segeberg

Deutschlandtreffen der Ostpreußen



Düsseldorf, 17.-18. Mai 1997
Großkundgebung: Sonntag, 18. Mai, 11 Uhr, auf dem Messe-gelände

Landsmannschaft Ostpreußen, Bundesgeschäftsstelle, Parkallee 86, 20144 Hamburg

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur auszugsweise veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleibende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Lehrvermittlung Landesplanung im Visier

Das „Nördliche Ostpreußen“ hat sich die Arbeitsgruppe Ostpreußen (AGO) zur vernetzten Planungsaufgabe gemacht. Das Modell beinhaltet als Zielanspruch die Verbindung aller menschlichen Lebens- und Tätigkeitsbereiche im Naturraum. Nur in einem intakten Naturraum können Tätigkeiten voll und dauerhaft zur Wirkung kommen. Sie müssen dazu in einem natürlichen Kreislauf integrierbar sein. Wo dies nicht stattfindet, rächt sich die Natur etwa in Form von Luft- und Klimaveränderung oder in mangelnder Wasser- oder Bodenqualität mit den bekannten Auswirkungen. Daher muß sich eine Planung zuerst mit den natürlichen Bedingungen beschäftigen sowie mit der Bevölkerungsentwicklung und -verteilung im Sinne grenzbestimmender Dezentralisierung im Siedlungsraum.

Als Handlungsrahmen werden die infrastrukturellen Formen der Versorgung betrachtet, die alle Wirtschaftssektoren bis zum umfangreichen Gebiet der Dienstleistungen beinhalten. Zur Funktionsfähigkeit dieser vielfachen Aktionsbereiche ist schließlich die Verkehrsinfrastruktur und die Grundlegung naturverträglicher Energiegewinnung und ebensolchen Energieverbrauchs zu berücksichtigen. Wird aus diesem Geflecht der Lebensbedingungen eines überproportional bestimmend, ist ein Gleichgewicht von dauerhafter Regenerierungsfähigkeit nicht mehr gegeben. Dieses Dilemma tut sich momentan, verbunden mit einem beispiellosen Konkurrenzkampf, weltweit auf.

Die vorliegende Modellarbeit versucht in einem Land, das dem Zwang des ausufernden Marktgeschehens – aus welchen Gründen auch immer – noch nicht verbunden ist, die Möglichkeit eines vernetzten Lebenssystems zu hinterfragen. Der Anlaß dazu bestand in verschiedenen Verlautbarungen, die in bezug auf das nördliche Ostpreußen seit der Auflösung der KPdSU in unserem Land zu hören waren.

Russische Quellen sprachen von Umwälzungen, die gesellschaftlich vor sich gingen und wirtschaftliche Entsprechungen suchen. Von früheren Wolgadeutschen und Russen aus Kasachstan wurden wilde Zuwanderungen in das Königsberger Gebiet gemeldet. Die freie Entscheidungsmöglichkeit nach der Umwandlung der Kolchonen und Sowchosen in Aktiengesellschaften hatte darüber hinaus viele veranlaßt, die Stadt vorzuziehen, so daß hier wie dort Infrastrukturprobleme anwuchsen.

Als Lehrende im Fachbereich Landespflege an der Fachhochschule Weihenstephan, einer der praktischen Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse verpflichteten traditionsreichen Schule, lockte ein solcher Zustand, hierin einen Modellfall für Neubeginn zu erblicken. Heute müssen wir hierzu u. a. mit Mitteln der Landespflege die negativen Ergebnisse einseitiger wirtschaftlicher Zielsetzungen nachträglich wieder gutzumachen suchen, was uns nicht gelingt, und es ist eine verspätete Geste, wenn die fachlichen Ziele der Landesentwicklungsprogramme mit dem Punkt „Natur und Landschaft“ beginnen.

Die Landesplanung verbindet sich in Bundes- und Länderministerien mit Umweltfragen, kann aber ihrer Zielgebung letztlich nicht gerecht werden. Umgekehrt könnte heute die Erfolgchance im nördlichen Ostpreußen liegen. Dort bietet sich die Möglichkeit eines Neubeginns, bei dem die Zwänge des Geld- und Wachstumsmechanismus landesplanerisch mit dem Ziel der Wahrung von Grenzen natürlicher Belastbarkeit als Zukunftsmodell neu durchdacht werden können.

Dies haben wir uns vorgenommen und wollen diesen Gedanken in einer vernetzten Form mit Fachleuten der Informatik, der Wirtschaftswissenschaft, des ökologisch-anhaltenden Energiehaushalts, der Landespflege und der Landesplanung beleuchten. Es soll unserer Lehrvermittlung zugute kommen und wenn möglich auch fachliche Interessenten im nördlichen Ostpreußen erreichen. Kontaktadresse: Arbeitsgruppe Ostpreußen – AGO, 85350 Freising-Weihenstephan. E. K.

Vor rund 200 Jahren überreichte der Zweibrückener Legationsrat Maximilian Joseph von Montgelas (1759 bis 1838) dem pfälzbayerischen Thronfolger Herzog Maximilian Joseph von Pfalz-Zweibrücken eine Denkschrift zur grundlegenden Reform des Staatswesens in Bayern. Dies geschah im preußischen Ansbach, wohin die Fürstenthöfe von Zweibrücken und Baden vor den französischen Truppen geflohen waren. In einer bis zum 2. Februar im Vestibül der Bayerischen Staatskanzlei in München laufenden Ausstellung führen eine Ansicht der Stadt und der Residenz, eine Miniatur des preußischen Statthalters Hardenberg sowie ein selten gezeigtes Gemälde des letzten regierenden Markgrafen Alexander an den Ort des Geschehens, der für Herzog Max Joseph auch im privaten Bereich bedeutend wurde. Er verliebte sich dort in seine zweite Frau, Caroline von Baden, deren Porträt aus Privatbesitz zu sehen ist.

Manches war damals in Bayern und Preußen ähnlich wie heute. Man fand sich mit dem Unglück ab, viel Besitz verloren zu haben, man sah nicht mehr hin. Die Trägheit der Herzen, die Ichsucht, das Falsche, das Böse, die Gewalt, der Schein standen oben an. Das Gefühl für Größe, für Würde, für unsere Geschichte war verschwunden. Nur die wenigsten bestimmten ihr Dasein vom Geist her und wahrten sich die Freiheit des Gewissens. Die anderen stellten sich, innerlich müde geworden, auf den schütterten Boden der Tatsachen. Andere priesen geradezu die Überfremdung durch französisches Wesen und französische Lebensart.

Natürlich gab es auch andere: In Bayern war es Maximilian Joseph von Montgelas – in Preußen York von Wartenburg (1759 bis 1830). Beide sind als starke Persönlichkeiten in die Geschichte eingegangen. In einer seiner ersten Amtshandlungen, wie eine ausgestellte Urkunde zeigt, ernannte Max Joseph als Kurfürst von Pfalz-Bayern Montgelas zu seinem Minister des Äußeren. Zusammen mit gleichgesinnten Fachleuten wie Vater und

Er studierte in Wittenberg und Paris

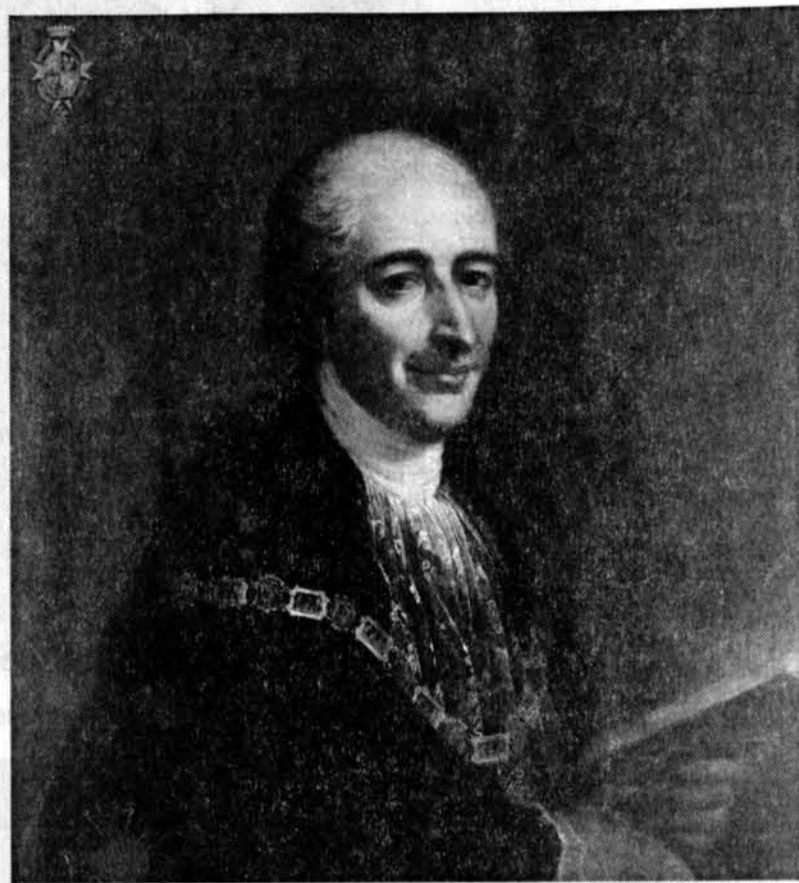
Vor 475 Jahren geboren: Danzigs erfolgreicher Bürgermeister Georg Kleefeld

Da er früh verwaist war, kam der im Januar 1522 in Elbing geborene Georg Kleefeld zu Verwandten. Er besuchte in Elbing das Gymnasium. Danach studierte er in Wittenberg und als Stipendiat des Danziger Rats in Paris. Nach seiner Rückkehr wurde er bald Syndikus der Stadt Danzig. Durch finanzielle Unterstützung des Rats wurde er 1554 in Orleans promoviert. Trotz seiner Jugend stieg er bereits 1558 zum Bürgermeister Danzigs auf und blieb dies bis zu seinem Tod. Dabei bekleidete er fünfmal die Stellung des Ersten Bürgermeisters und dreimal die des Burggrafen.

Obwohl es innerhalb der Hanse große Differenzen zwischen Danzig und Lübeck gab und sich auch Bremen abzusondern drohte, hat Kleefeld stets die Gemeinsamkeit der Belange und die Einhaltung einer Einheitsfront der Hanse befürwortet. Unter Wahrnehmung der Danziger Sonderinteressen hat er seiner Heimatstadt dadurch einen ausschlaggebenden Platz in der Hanse gesichert. Auf mehreren Hansetagen hat er diese Mission zielbewußt verfolgt. Sein Wirken trug erheblich zur Wiedererlangung der Hanseprivilegien in England, zur Besserung der Beziehungen zwischen Danzig und England und zur zeitweisen engeren Verbindung mit Frankreich und Spanien bei.

Eine „Revolution“ von oben

Ausstellung bietet Vergleiche staatlichen Wandels in Bayern und Preußen



Maximilian Joseph von Montgelas: In der Tracht des Hubertusordens
Foto Haus der Bayerischen Geschichte

Sohn Hompesch, den Brüdern Aretin, Georg von Zentner, Aloys Graf von Reigersberg und vielen anderen, die in einer Inszenierung im Halbrund um Montgelas und den Kurfürsten gruppiert sind, verwirklicht der Minister sein Programm: Eine Revolution von oben, die eine Revolution der Straße verhindern sollte.

Es wurden in Bayern die Ministerien des Äußeren, des Inneren, der Finanzen, der Justiz und des Kriegswesens geschaffen. Über eine hierarchisch gegliederte Behördenstruktur mit eindeutig ver-

teilten Aufgaben erreichten die Reformen die Bevölkerung, die nun, wie die Vielzahl der Amtsschilder aussagt, ein deutliches Mehr an Staat spürte.

In Preußen wirkte der nachmals Königlich Preussische Generalfeldmarschall Hans David Graf York von Wartenburg, Herr auf Klein-Ols und etlichen Nebengütern, als überragende Persönlichkeit. Wer in ihm nur den Haudegen sieht und den Mann von Taugen, erkennt und unterschätzt ihn. Er war geprägt von Härte und Pflicht in einem ununterbrochenen, sich

selbst verzehrenden Dienst an der Truppe, an Preußen. Bei York gab es während der Ausbildung der Soldaten kein Prügeln und Schimpfen mehr. Bei ihm walteten Gesetz und Gerechtigkeit.

Am 30. Dezember 1812 machte er Geschichte. Er traf sich in der Mühle von Poscherun mit russischen Unterhändlern. Es waren durchweg geborene Preußen: Diebitsch, Clausewitz, Friedrich Dohna. Eine Konvention wurde unterzeichnet, kraft deren das Yorksche Korps in den Landstrich zwischen Memel und Tilsit sich von Napoleon löste. Mehr wollte der General nicht wagen.

An dem König sollte es nun sein, die engere Fühlung mit Rußland herzustellen und gemeinsam mit dem Zaren Preußen von der französischen Knechtschaft zu befreien.

Französisches Joch

In dem berühmten Schreiben des gleichen Tages legte York dem Monarchen in Berlin „seinen Kopf zu Füßen, wenn er gefehlt haben sollte“.

Das, wofür er lebte, wirkte, litt, auf unzähligen Schlachtfeldern kämpfte und blutete, war mehr als die Befreiung vom französischen Joch. Sein Beispiel stellt uns leuchtend vor Augen, daß sich altpreussische Zucht, Hingabe an die Sache, rechtliches Denken, der Verzicht auf den Schein und die Besinnung auf uns selbst Bahn brechen müssen, wenn es um die Einheit des deutschen Vaterlandes geht.

Taugen war damals das Signal zur Wende. „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los.“ York, der Reformator, bleibt ein Vorbild wahren Soldatentums. Er schuf durch seine Reformen und Taten unsere heutigen Lebensgrundlagen als Preußen und Deutsche.

Gleich York war Montgelas ein Mann, der Geschichte machte. Seine ungeheure Aufbauarbeit für ein modernes Bayern kann durch die Ausstellung nachvollzogen werden. Sein Wille war die nähere Quelle für ihn als Minister, genialen Organisator, Gestalter der inneren Verwaltung, Urheber eines tüchtigen Beamtentums. Er brachte es zustande, die Souveränität des Herrschers in München zu stabilisieren.

Weit ausgreifende Pläne

Das bedeutete den Schlüssel für Zusammenfassen und Vereinfachung der Staatsverwaltung, die Bildung von Ministerien, die Neufassung der Rechtspflege und eines Strafrechtzbuches.

Montgelas war eindeutig und unabdingbar von der Allmacht des Staates durchdrungen. Aber die Staatsgewalt sollte Grenzen haben. Und diese Grenzen zeigte er in seiner Denkschrift auf. Voraussetzung für ein glückliches Aufwärts war vollkommene Einheit zwischen Thron und Altar und Gesetz. Innerhalb dieser mußte der Souverän den „Untertanen“ gleiche Rechte sichern, sowie die bestmöglichen Aussichten für den Ertrag ihrer Arbeit.

Die Reihe der Montgelas-Reformen und weitestreichenden Pläne kann hier nicht erschöpfend sein. Die Ausstellung schickt sich an, das Bild eines Mannes zu erheben, der bayerische Geschichte gemacht hat. Er formte das heutige Bayern.

Erich Nietsch

geltungssüchtigen Intriganten, wurde er der Majestätsbeleidigung, der Rebellion und des Hochverrats angeklagt und im August 1569 verhaftet.

Eine polnische Kommission deutete im Dezember 1569 an, daß sich Danzig die Gnade des Königs wieder erkaufen könne. Der königlichen Kasse floß daraufhin ein hoher Geldbetrag zu, und Kleefeld sowie drei Mitgefangene wurden nach zweijähriger Haft wieder entlassen.

Lediglich Kleefelds Integrität und Unerschrockenheit war es zu verdanken, daß diese gefährliche politische Krise für Danzig so glimpflich überstanden wurde. Da er aber weitere Konflikte mit Polen befürchtete, förderte er dann intensiv die militärische Rüstung Danzigs. Wie richtig diese Entscheidung war, zeigte sich 1577, ein Jahr nach seinem Tod, als sich Danzig im bewaffneten Konflikt gegen Polen siegreich behaupten konnte.

Kleefeld war mit überragendem politischen Können und ungewöhnlichen Kenntnissen ausgestattet und verfaßte eine Reihe aufschlußreicher juristischer und politischer Denkschriften. Zu seiner Zeit gehörte er zu den hervorragendsten Staatsmännern und bedeutendsten Erscheinungen nicht nur Danzigs, sondern des ganzen Weichsellandes.

Jürgen Lange

Geschick gelang es ihm, den Stadtstaat aus dem polnischen Konflikt mit Rußland und den nordischen Ländern herauszuhalten. Besonders große Verdienste hat er sich bei der Verteidigung der Danziger Rechte gegenüber der polnischen Krone erworben. Der polnische König Sigismund II. versuchte unentwegt, Preußen einzuverleiben und richtete deshalb ständig Angriffe auf die preußische Landesfreiheit.

Gemeinsam mit dem Marienburger Wojewoden Achatus von Zehmen konnte Kleefeld diese Angriffe stets abwehren, indem er in Dingen von geringfügiger Bedeutung nachgiebig und kompromissbereit, in grundsätzlichen Angelegenheiten jedoch unerschütterlich und konsequent blieb. Dadurch wurde er zum unbestrittenen Führer der Sache Danzigs, ja ganz Preußens, gegenüber Polen.

Doch seine Feinde wurden bald rührig. Schon auf dem Warschauer Reichstag 1563/64 wurde er wegen seiner Freimütigkeit des Majestätsverbrechens bezichtigt. Zu Beginn des Lubliner Union-Reichstages 1569 wurden die Abgesandten Danzigs wegen der über der Stadt schwebenden königlichen Ungnade von den Verhandlungen ausgeschlossen.

Von seinem einstigen Schulfreund Michael Friedwald, einem

Die in Ratshof erbaute Christuskirche wird man auf einem nachgedruckten Stadtplan von Königsberg (1931) vergeblich suchen. Dieser Widerspruch ist leicht aufzuklären: Die Kirche wurde nämlich erst 1932 geplant und in den Jahren 1936/37 erbaut.

Vergleicht man das jetzige Aussehen des Gotteshauses mit dem damaligen, so kommen erneut Zweifel auf. Diese Zweifel werden noch dadurch vertieft, daß die Kirche in den vielen von russischer und auch deutscher Seite zu touristischen Zwecken etwa nach 1990 hergestellten Stadtplänen, Verzeichnissen von Baudenkmälern und sonstigen Übersichten fehlt, während man andere noch vorhandene Kirchen von Königsberg meist ohne deren Benennung finden kann.

Hat man die Kirche also vergessen? Von den deutschen Berichtstattern muß man das annehmen. Den russischen aber muß man unterstellen, daß sie den Touristen nur ungern dies innen und außen vorkommene Bauwerk zeigen wollen, zumal es als Tanzsaal und Diskothek genutzt wird, so Prof. Gilmanow.

Kein Vorzeigobjekt

Andere inzwischen mehr oder weniger gut hergerichtete Kirchen (z. B. Juditter, Ponarther, Rosenauer und Kreuzkirche) eignen sich schon eher als Vorzeigobjekte, so auch die Kirche zur Heiligen Familie, die heute als Philharmonie dient, und die den Tourismus anziehende Domruine. Leicht läßt sich also nachvollziehen, weshalb man diese Kirchen in einschlägigen Plänen und Übersichten auch finden kann, die Christuskirche aber unerwähnt läßt oder auf der Karte an ihrem Standort nur eine Diskothek eingetragen hat.

Bei Stadtrundfahrten im heutigen Königsberg werden die weniger zerstörten westlichen Stadtteile bevorzugt. Biegt man dabei von der Lawsker Allee (Prospekt Pobeda) kommend in die Wiebestraße (Ul Raditschschewa) ein, wird man auf ein als Diskothek und Tanzsaal benutztes Gebäude hingewiesen. Das früher eine Kirche gewesen sei. Das kann nur die Christuskirche in Ratshof sein.

Verbindung geschaffen

In diesem Königsberger Vorort zwischen Juditten und Amalienau gelegen, im Süden durch den Pregel begrenzt wissen alte Königsberger den Hammerteich, den Hammerkrug und die 1916 erbaute Kunstakademie zu finden, aber auch die noch heute arbeitende Waggon-Fabrik Steinfurt und die Walzmühle sowie die sehr veränderte Scheffner-Schule. Ab 1907 entwickelte sich dort zwischen der Pillauer Bahnlinie und der Lawsker Allee eine schmucke Gartenstadt.

Für den Gottesdienst errichtete man hier zunächst ein Gemeindehaus und ein Pfarrhaus. Erst 1932 plante man den Bau einer Kirche, die dann in den Jahren 1936/37 auch errichtet wurde. Für die Platzierung des Kirchenbaus bot sich eine Anbindung an den schon vorhandenen Gemeindesaal an, so daß beide Gebäude, wie eine Betrachtung aus südöstlicher Sicht ergibt, einen rechten Winkel bilden.

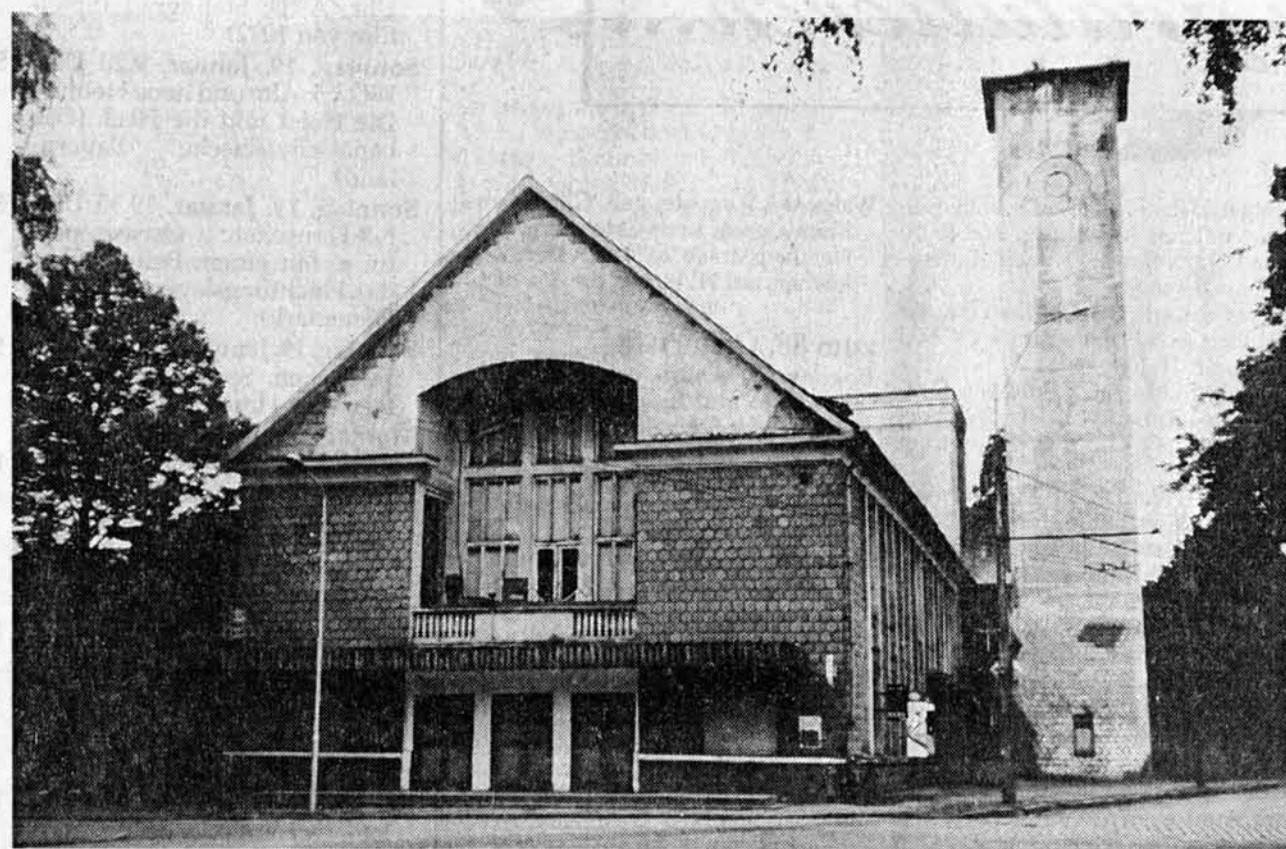
Mit der Platzierung an der Straßenkreuzung Wiebestraße/v.-Brandt-Allee hatte man zudem der Kirche einen städtebaulichen, die gesamte Gartenstadt bestimmenden Schwerpunkt eingeräumt.

In Berichten über die Kirche wird als Voraussetzung für die Gestaltung des Gotteshauses vermerkt, daß es auf die Gesinnung des Baukünstlers und seiner Mitarbeiter ankomme, die Grundplan, Aufbau und Formensprache durchdringen müsse. Daraus ergäbe sich jene besondere Sorgfalt, die handwerksgerecht und heimatverbunden die Verbindung zwischen Landschaft, Andachtstätte und Mensch herstelle. In diesem Sinne erscheine die Kirche als ein neuzeitlicher Kirchenbau.

Die Einweihung der Kirche fand am 31. Oktober 1937 statt. Die Ein-

Ein kaum bekanntes Gotteshaus

Die 1936/37 in Königsberg-Ratshof erbaute Christuskirche blieb erhalten



Architektonisch verfremdet: Christuskirche im Königsberger Stadtteil Ratshof Fotos (1) Fuhrmann, (1) Lange

weihungsandacht hielt der am 21. Dezember 1886 in Ostpreußen geborene Pfarrer Willi Schiewe, der seiner Gemeinde bis zur Vertreibung im Jahre 1945 treu blieb. Viele Gottesdienstbesucher, ehemalige Konfirmanden, von ihm getraute Brautpaare und Angehörige der Ratshöfer Frauenhilfe bekundeten anlässlich von verschiedenen Jubiläen ihre Verbundenheit mit ihrem Pfarrer, er starb kurz vor Vollendung seines 100. Geburtstages. Auf dem Friedhof in Bad Neuenahr fand er seine letzte Ruhestätte.

Von der nach einem Entwurf von Prof. Kurt Frick, Leiter der Königsberger Kunst-Akademie, erbauten Kirche wußten Kirchen-Historiker zu berichten, daß man mit dieser Andachtstätte aus unverputzten roten Backsteinen, dem Baumaterial, das in Ostpreußen eine alte Tradition hatte, neue Wege in der Architektur der Kirchen in Ostpreußen beschritten habe. Durch die Trennung von Turm und Kirchenschiff habe man mit dieser Einfachheit ein eindrucksvolles Bild der Wirkungsweise ostpreußischer Baumeister und Künstler dargeboten.

Der Glockenturm hatte ein Zeltdach bis zur Höhe von etwa 38 Metern, in dessen Mitte sich ein vergoldetes Kreuz erhob, das von vier geschmiedeten Eckornamenten umrahmt war. Über dem Hauptportal befand sich die in Stein eingemeißelte Inschrift: „Glaubet an das Evangelium“.

Der Kirchenraum bestand aus drei Schiffen, das Mittelschiff mit einer Breite von 10 Metern hatte eine Länge von rund 25 Metern. Die Seitenschiffe wurden durch acht Ziegelsäulen, die den Dachstuhl trugen, abgeteilt. Die aus Kiefern gefertigten Sitzbänke im Kirchenschiff boten 560 Besuchern Platz. Die Orgelempore hatte eine Brüstung aus kiefernen Holzbohlen, an deren Vorderfront sich der Spruch aus der Bergpredigt befand: „Selig sind, die reinen Herzens sind, denn sie werden Gott schauen.“

Hinter dem schlichten Altar aus Eichenholz erhob sich ein neun Meter hohes Eichenkreuz. Ein fast bis zur Decke reichendes, farbig verglastes Fenster mit christlichen Motiven bildete einen wirkungsvollen Hintergrund. Ebenfalls in Eiche, dunkel gebeizt die Kanzel, darüber ein Baldachin in Mattsilber und blau ausgemalt.

Ein handgeschmiedetes Gitter trennte Kirchenschiff und Taufkapelle. Darin stand der Taufstein aus geschliffenem Muschelkalk mit der Randinschrift am oberen Beckenrand: „Darum gehet hin und taufet

alle im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.“

Die Taufschüssel trug einen von Stanislaus Cauer kunstvoll gehämmerten Messinghelm mit einem daraufstehenden Kreuz. Die beiden Fenster der Taufkapelle zeigten Szenenbilder aus dem Neuen Testament.

Für die Ratshöfer stellte sich die Kirche in ihrer schlichten Gestaltung als ein für sie verständliches Gottes-

haus dar. Was sie heute vorfinden ist ein heruntergekommenes Gebäude, das sie in erhalten gebliebenen Straßenzügen nur an der Trennung von Turm und Schiff als ihre Kirche erkennen können. Verschwunden ist jene schlichte, jedoch würdevolle äußere und innere Ausgestaltung des Gotteshauses, in Siegerlaune und weltanschaulicher Überheblichkeit geplündert und entwürdigt.

Kurt Fuhrmann

Gedenktafel aus Kriegsschutt gerettet

Eichendorffs Königsberger Schaffensperiode bleibt weiterhin im Gedächtnis

Unweit des Steindamms in Königsberg befand sich in der Langen Reihe 4 ein repräsentatives Gebäude, das seit 1906 das Geologisch-Paläontologische Institut der Universität mit der einst bedeutendsten Bernsteinsammlung der Welt beherbergte. Die Fassade des offenbar im Krieg weitgehend zerstörten Hauses wurde beim Wiederaufbau so stark verändert, daß sie kaum wiederzuerkennen ist.

Eingeringer Teil der ehemals mehr als 100 000 Bernstein-Inklusen (Einschlüsse von Insekten und Pflanzen) umfassenden Sammlung konnte in

den Westen gerettet und durch die Bemühungen des Königsberger Professors Andrée vom Mineralogischen Institut der Universität Göttingen, wohin die Albertina verlegt worden war, übernommen werden.

Im Gebäude der Bernsteinsammlung wohnte vormals der Dichter Joseph Freiherr von Eichendorff, der 1824 bis 1831 Rat im Oberpräsidium der vereinigten West- und Ostpreußen in Königsberg war. Daran erinnerte die am 10. März 1938 zum 150. Geburtstag des Dichters am Hause angebrachte Gedenktafel. Diese marmorne Tafel ist noch erhalten:

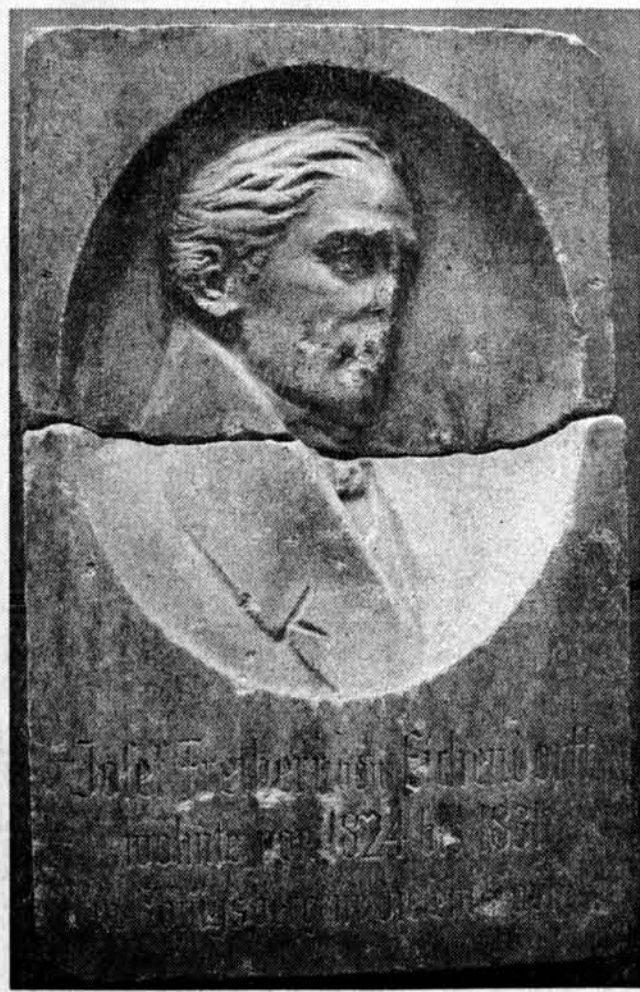
Offensichtlich aus dem Kriegsschutt geborgen, wird sie im Depot des Museums für Kunst und Geschichte des Königsberger Gebiets in der vormaligen Stadthalle am Schloßteich aufbewahrt. Sie ist in zwei Teile zerbrochen und zeigt im Halbreif das leider bestoßene Bildnis des Dichters mit der Inschrift: „Josef Freiherr von Eichendorff wohnte von 1824 bis 1831 in Königsberg in diesem Hause.“

Walter Rosenberg, ein Meister-schüler von Johann Friedrich Reusch, hat das Werk geschaffen. Der Königsberger Bildhauer, der die Stadt mit hervorragenden Werken wie dem York-Denkmal schmückte, wählte im April 1945 in oder bei Königsberg den Freitod. In der heutigen Stadt sind von Rosenberg noch das wiederhergestellte Claaf-Denkmal im Tiergarten, die Muschelkalkfiguren der Naturwissenschaften an der Hindenburgschule und der im einstigen Ehrenfriedhof im Max-Aschmann-Park geborgene sterbende Krieger erhalten.

In dem Königsberger Haus in der Langen Reihe hat Eichendorff unter anderem die bekannte Novelle „Aus dem Leben eines Taugenichts“ und die Tragödie „Der letzte Held von Marienburg“ geschrieben. Theodor Fontane urteilte über den Taugenichts in einem Brief: „Ich kann mich hier nicht lang und breit darüber auslassen, was mir jene einzig dastehende Arbeit des lebenswürdigen Schlesiers so lieb und wert macht: Der Taugenichts ist after all nicht mehr und nicht weniger als eine Verkörperung des deutschen Gemüts, die lebenswürdige Type nicht eines Standes bloß, sondern einer ganzen Nation. Kein anderes Volk hat solch ein Buch.“

An den großen Dichter, der 1831 als Regierungsrat ans Kultusministerium nach Berlin ging, erinnerte in Königsberg auch der nördlich der Tragheimer Palve am Max-Aschmann-Park gelegene Eichendorffweg.

Heinrich Lange



Nachkriegs-wirren über-dauert: Königsberger Eichendorff-Relief

Nachrichten von
Ostpreußen
bis Pommern

Beamtentourismus

Künftig unterliegen Dienstreisen russischer Stadtbediensteter aus Königsberg ins westliche Ausland und in die B. R. Deutschland der persönlichen Genehmigung des russischen Oberbürgermeisters. Da der „Beamtentourismus“ in den vergangenen Jahren zahlenmäßig ausuferte, soll künftig auf die gemeinnützige Effizienz genannter Dienstreisen geachtet werden. Der bislang ebenfalls ausgeuferte Empfang deutscher wie ausländischer offizieller Gäste soll per Erlaß unter Beachtung gleicher Maßstäbe hinterfragt werden.

Resolution

Der Protest der russischen Gebietsduma in Königsberg gegenüber der neuen russischen Grenzgebührenordnung hat sich intensiviert. In einer Protestresolution fordern die Abgeordneten in Hinblick auf gefürchtete wirtschaftliche Einbußen für die Region von Moskau eine Sonderregelung.

B. I.

Grenzübergang

Nach wie vor ist an der russisch-polnischen Demarkationslinie in Ostpreußen nur der Kontrollpunkt bei Preußisch Eylau unter Wahrung der Visumpflicht für deutsche Reisende problemlos zu passieren. Der Kontrollpunkt südlich Heiligenbeil dient genehmigungspflichtigen Hilfsgütertransporten, während der nördlich Goldap errichtete bislang nur für Polen und Russen passierbar ist.

H. S.



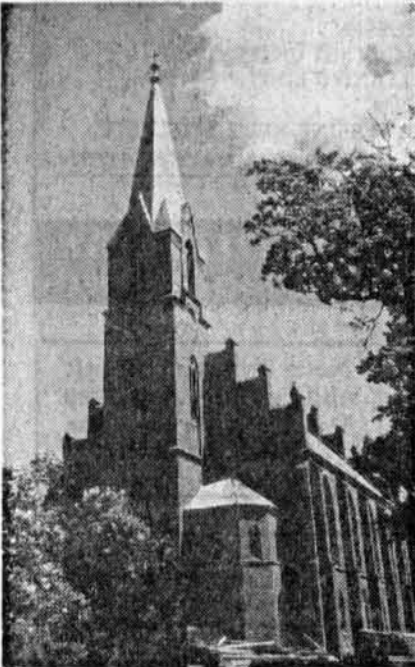
Johannisburg: Rathaus aus deutscher Zeit

Foto Gehrmann

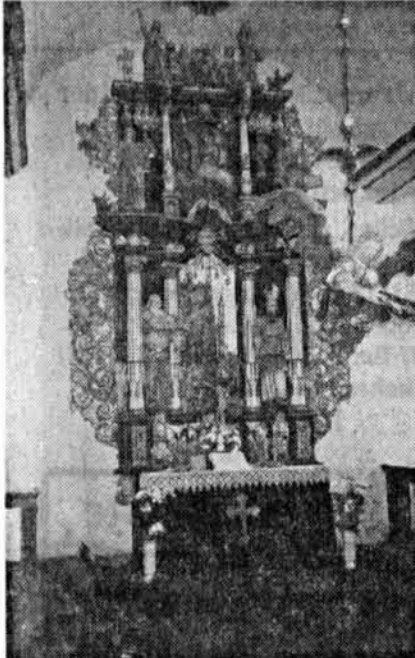


Klein Guja: Gutshaus des Walter v. Sanden

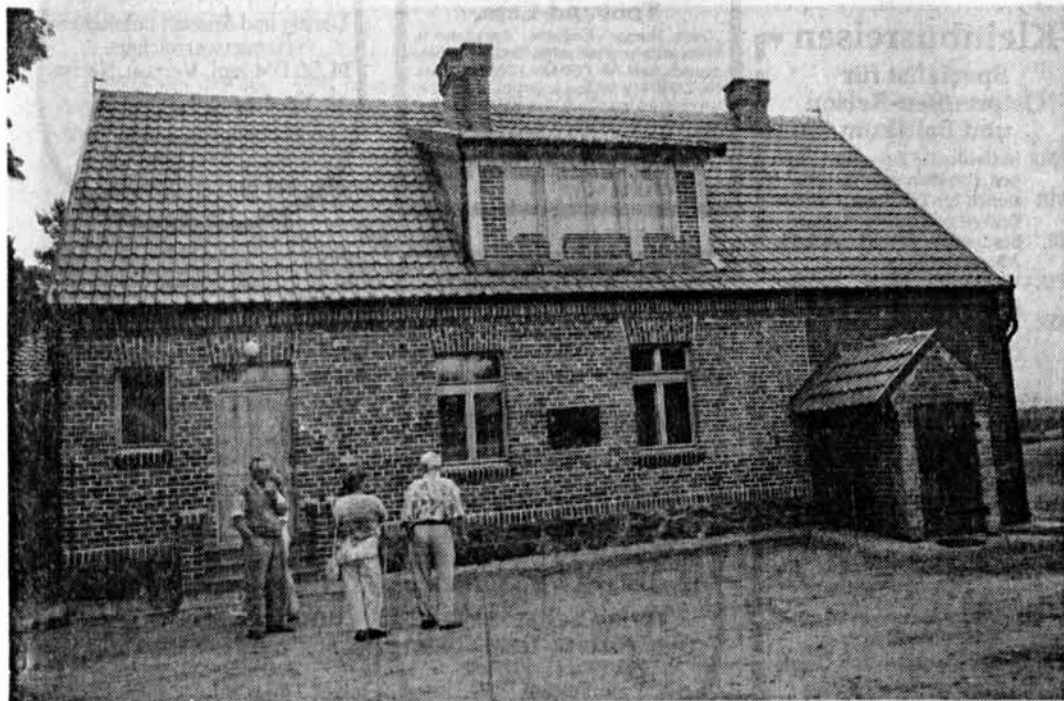
Foto Plock



Haselberg: Evangelische Kirche in restauriertem Zustand Foto Schiller



Sorquitten: Altar der evangelischen Kirche Foto Zimmer



Forsthaus Kleinort: Geburtsstätte Ernst Wiecherts

Foto Schulz



Passenheim: Am Grossen Kalben-See gelegen

Foto Klotzek

Lewe Landslied,

in Rostock auf dem Ulmenmarkt treffen sich seit zwei Jahren beim Einkufen drei Ostpreußinnen: Die eine aus dem Kreis Insterburg, die zweite aus Ebenrode, die dritte aus dem Kreis Gerdauen. Dann wird so richtig plachandert, es werden Lieder, Gedichte und Geschichten aus der Heimat ausgetauscht und Spoakes verteilt. Kein Wunder, daß der in unserer „Ostpreußischen Familie“ gesuchte Holzschuhtanz das Trio animierte, diesen aus der Erinnerung hervorzugraben und – zu tanzen! Ob das allerdings auf dem Ulmenmarkt geschah, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber diese kleine hübsche Geschichte zeigt uns, wie lebendig in uns Ostpreußen die Länder, Tänze und Gedichte unserer Heimat geblieben sind. Und weil wir dieses Kulturgut pflegen wollen und so viele neue Briefe mit Fragen und Antworten gekommen sind, gibt es diesmal eine Extra-Familie.

Noch einmal zum Holzschuhtanz: Ernst Dietrich Unruh vom ostpreußischen Volkstanzkreis „Elch“ hat uns nun eine ganze Sammeldarstellung mit den verschiedenen Versionen zugesandt, die auch den „Klotzkorkentanz“ enthält, der von Erminia von Olfers-Batocki stammt. Vielen Dank, lieber Herr Unruh, für diese „kleine Weihnachtsfreude“, für die ich mich erst jetzt bedanken kann. Joa, Wihnachte ös varbie – denkste! Die Feiertage haben einige Leserinnen und Leser zum Nachdenken angeregt, und da tauchten die Wünsche nach alten Advents- und Weihnachtsliedern wieder auf. Im vergangenen Jahr habe ich diese verspäteten Wünsche erst mal schmurgeln lassen, was ihnen gar nicht bekam, denn einige blieben doch im Pott. Daß mir das diesmal nicht passiert, will ich sie jetzt lieber loswerden und fange gleich mit dem Wunsch von Herrn Albrecht von Winterfeld an, der Verfasser und Melodie eines Adventsliedes sucht, das nicht unbedingt aus Ostpreußen stammen muß: „Die Blumen sind verblüht im Tal, die Vögel heimgesogen. Der Himmel scheint so grau und fahl, es brausen kalt die Wo-

gen; und doch kein Leid im Herzen brennt: Es ist Advent! Es ist Advent! Es ist Advent!“ In welchem Liederbuch ist es zu finden? Herr von Winterfeld möchte damit seine Schwiegermutter, Frau Meyen, eifrige Ostpreußenblatt-Leserin, erfreuen. (Albrecht von Winterfeld, Osterkamp 34 in 30938 Burgwedel). – Ein Weihnachtsgedicht, das wahrscheinlich aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg stammt, sucht Ruth Makowski, geb. Rogalla, von dem nur noch diese Zeilen in Erinnerung geblieben sind: „... tönt weiter, Ihr Glocken, Ihr müßt übertönen des Kammers, des Leids, der Sorgen so viel: Mit Deutschlands Töchtern, mit Deutschlands Söhnen trieb man ein schändlich’ grausames Spiel ...“ (Ruth Makowski, Grimmstraße 1 in 74076 Heilbronn.)



Die ostpreußische Familie extra

Zweimal haben wir schon nach dem „Lude Ohm“ gesucht – nuscht kam! Aber immerhin weiß Elly Ginnuth jetzt, daß die „Uraufführung“ in der Teichorter Schule stattfand, ob als Solovortrag, Zwiegespräch oder Sketch ist allerdings unbekannt. Nun bittet Frau Ginnuth die Teichorter Bowkes und Marjellchens von damals: „Eure grauen Zellen nicht verkümmern“ (Elly Ginnuth, Gartenstraße 73 in 61440 Oberursel). – So, damit schließe ich jetzt endlich das Kapitel Weihnachten. Bitte, liebe Familie: Die nächsten Weihnachtswünsche rechtzeitig anmelden, nicht erst kurz vor dem Fest, wenn die Weihnachtsseiten schon fertig sind!

Heiter geht's weiter! Hildegard Horn, geb. Herbst, sucht ein plattdeutsches Gedicht auch aus der Zeit nach dem 1. Weltkrieg, das den damaligen Russeneinfall beschreibt und in dem folgende Zeile vorkommt: „De Russ stohl von de Bahnhofsdeel tom Brückespreng Thomasmehl ...“ Wir hatten

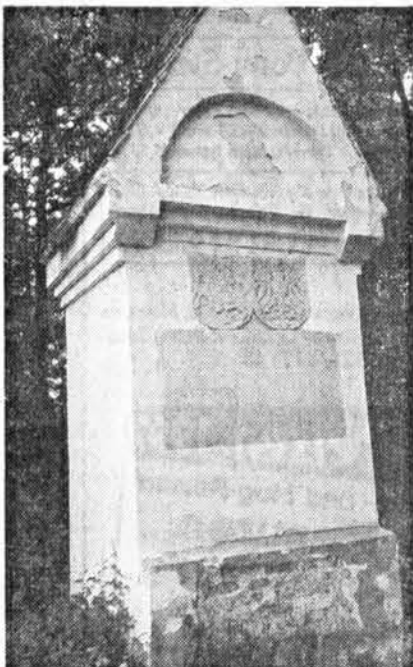
schon mal danach gesucht, vielleicht klappt's jetzt! (Hildegard Horn, Kastanienstraße 5 in 39517 Dölle.) – Das Gedicht von „de Augustke, de dicke Tant'...“ erhofft sich Ruth Scheerans von unserer Familie. Bitte, es handelt sich nicht um die bekannte „Auguste in der Großstadt“, sondern um die „herzensgode Seel“ mit dem „gewaltjem Hinder-deel“. Das war schuld daran, daß die Auguste auf einer Bahnreise in der Abteiltür stecken blieb. Da sie wegen ihrer Leibesfülle rückwärts aussteigen mußte, glaubte der Schaffner, sie wollte einsteigen, und schubste sie immer wieder in das Abteil zurück. Ruth Scheerans möchte es so gerne ihren Kindern und Enkeln vorlesen. (Ruth Scheerans, Rolfinckstraße 72 in 22391 Hamburg.)

Von dem nächsten gesuchten Gedicht sind Christel Broszehl nur der Titel („Der Eiersegen“) und der Anfang in Erinnerung: „Im Sommer war's vor langer Zeit“, als die kleine Christel es lernen mußte. Jetzt hätte sie es gerne wieder. (Christel Broszehl, Auf der Sandhude 3 in 31141 Hildesheim.) – Gleich drei Fragen – nicht hinter der Tür, wie wir als Kinder spielten – hat Dr. Wolfhart E. Burdinski, aber sie führen doch in seine Jugendzeit. Damals sang er mit seine Freunden das Lied: „Wir waschen nicht mit Seife, wir waschen nicht mit Sand, wir Königsberger Bowkes, wir spucken in die Ha...lli, hallo, wir Bowkes sind froh ...“ Das zweite Lied war nicht typisch ostpreußisch, sondern allgemein bekannt: „Telefon, Telefon, wer hat daran gedreht? Da war doch sicher einer bei, der nichts davon versteht!“ Und sein dritter Wunsch betrifft ein Buch „Schlumski“, eine Hundegeschichte. Das arme Hundchen wurde von seinem Herrchen, einem Hausierer, malträtiert, bis dieser ihn als Hehler entlarven konnte. (Dr. Wolfhart E. Burdinski, Am Hohacker 61 in 60435 Frankfurt/Main.)

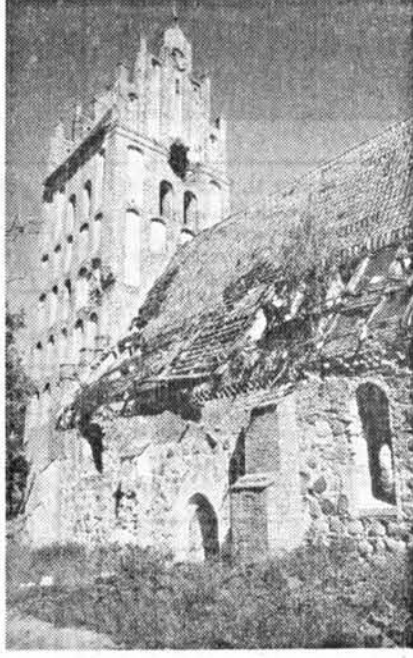
Aber Buchwünsche – das ist wieder ein ganzer Komplex für sich. Der kommt nächstes Mal dran.

Eure Ruth Geede

Ruth Geede



Bei Prostken: Historischer Grenzstein Foto Bläsing



Allenau: Ruine der evangelischen Kirche Foto Seidler



Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb mein lieber Mann, unser treusorgender Vater und Opa

Günter Rescheleit

* 8. Mai 1927 in Balzershöfen
† 9. Januar 1997 in Rheinsberg

In Liebe und Dankbarkeit
Rosemarie Rescheleit
Jürgen und Dagmar Rescheleit
Dietmar Rescheleit und Bianca
Doreen, Benjamin und Friedrich

Walther-Rathenau-Straße 2, 16831 Rheinsberg/Mark

Nach tapfer ertragener Krankheit verstarb unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Manfred Sprakties

geb. 23. 7. 1937 gest. 25. 12. 1996
aus Liebenfelde, Ostpreußen

Wir trauern um ihn
Familien Kurt und Lilly Eckloff, geb. Sprakties
Horst und Hildegard Josenhans, geb. Sprakties
Klaus und Waltraut Welz, geb. Sprakties

Familie Welz, Kirchstraße 10, 70173 Stuttgart



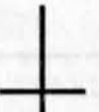
Meine Kraft ist nun zu Ende,
nimm mich, Herr, in Deine Hände.

Rudolf Schneider

* 18. Februar 1906 † 11. Januar 1997
Rochau
Kreis Angerburg

In stiller Trauer
Dora Schneider, geb. Bansleben
Friedhelm und Ingrid Derboven, geb. Schneider
und Enkelkinder

Ringstraße 10, 21218 Seevetal
Die Beisetzung hat am 16. Januar 1997 in Hittfeld stattgefunden.



Aus der Heimat einst vertrieben,
die Du so sehr geliebt,
gingst Du jetzt heim in Frieden,
wo der Herr Dir Ruhe gibt.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin, Cousine und Tante

Selma Schlaugieß

geb. Samland
* 18. 1. 1911 † 9. 1. 1997
aus Schenken, Krs. Wehlau

Karl-Otto Henze und Frau Sabine, geb. Schlaugieß
Rainer Hoppe und Frau Helgard, geb. Schlaugieß
und alle Angehörigen

Berliner Straße 20, 31789 Hameln

Unsere liebe Schwester ist von uns gegangen.

Erika Reincke

geb. Biswanger
* 5. 1. 1910 † 2. 1. 1997
Wolfsdorf, Ostpreußen

Wir trauern um sie in Liebe und Dankbarkeit.

Fränze Heyse, geb. Biswanger
und Geschwister
und alle Anverwandten

Im Zelgle 4, 79793 Wutöschingen-Degernau
Die Trauerfeier fand am 9. Januar 1997 um 14 Uhr in der Friedhofskapelle Degernau statt.

Falls mir etwas zustößt –
Hilfe für Hinterbliebene
Broschüre DM 20,- frei Haus.
Bitte bestellen bei:
Blotkamp, Elmshorner Str. 30
25421 Pinneberg

Sie
starben
fern
der Heimat

Lang war der Weg,
den wir zusammen gingen.
Groß war die Gnad,
die wir von Gott empfangen.

Gott hat meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, beste Omi, Schwägerin, Tante und Cousine nach langem Leiden zu sich in die Ewigkeit heimgerufen.

Ella Bloecks

geb. Gawrisch
* 11. 2. 1905 in Altenbude/Ostpr.
† 15. 12. 1996 in Alten-Buseck

In Liebe und Dankbarkeit
Emil Bloecks
Horst und Helga Ollech, geb. Bloecks
Birgit und Timo

Waldstraße 30, 35418 Alten-Buseck

Wie sie gelebt – hoffend, weil glaubend,
glaubend, weil liebend – so verließ sie die Welt,
aber nicht uns, die ihr in dankbarer Treue
und Liebe verbunden bleiben.

Gott hat unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Gerda Jabs

geb. Remcken

* 18. 3. 1913 † 12. 12. 1996
aus Siewen, Kreis Angerburg

nach einem erfüllten und gesegneten Leben abberufen.
Sie war der Mittelpunkt unserer Familie.

In Dankbarkeit
Eckehard Jabs
Heidrun Kensy, geb. Jabs
Richard Kensy
mit Arnd und Olaf

Lilienthalstraße 8, 45883 Gelsenkirchen
Die Trauerfeier fand am Dienstag, dem 17. Dezember 1996, statt.

Wenn die Kraft zu Ende geht,
kann der Tod Erlösung sein.

Wir haben am 13. Dezember 1996 in aller Stille Abschied genommen von unserer Mutter

Maria Bolewski

geb. Wermter

* 28. 4. 1913
in Prohlen, Kreis Allenstein

In stiller Trauer
Aloys Bolewski
Konrad Bolewski

Eisenbahnstraße 27, 53489 Sinzig, im Januar 1997

Ich liebe, die mich lieben;
und die mich frühe suchen, finden mich.
Sprüche 8,17

Irene Neiß

geb. Gulbis

* 18. 1. 1919 Inse
† 4. 1. 1997 Duisburg

Gott der Herr nahm unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Oma, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine heim in seinen Frieden.

Jürgen und Lieselotte Neiß, geb. Schmidt
mit Katrin und Claudia
Horst und Ingrid Höstermann, geb. Neiß
mit Cornelia
Wolfgang und Ursula Neiß, geb. Wessäly
mit Philipp und Christoph
und Anverwandte

Falkstraße 96, 47058 Duisburg-Duisern
Die Beerdigung fand statt.

Nach einem langen, arbeitsreichen Leben als Landarzt verstarb Herr

Dr. med. Heinz Popp

* 5. 10. 1910 in Allenstein
† 4. 11. 1996 in Wremen

Im Namen aller Angehörigen
Prof. Dr. Michael Popp

Wurster Landstraße 131, 27638 Wremen
Der Gedenkgottesdienst fand am 9. November in der Kirche zu Wremen statt.

Von Mensch zu Mensch



Dr. Hans Dembowski, 1921 in Königsberg geboren, hatte schon sehr früh erkannt, daß es des Zusammenschlusses der Heimatvertriebenen bedurfte,

um die im Völkerrecht verankerten Rechte, insbesondere auch das Recht auf die Heimat, nachhaltig vertreten zu können.

Der Ostpreuße mußte ein nach dem Abitur begonnenes Medizinstudium 1940 unterbrechen, weil er zunächst zum Arbeitsdienst und dann zum Militär einberufen wurde. Nach Kriegsende kam er in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er im August 1945 entlassen wurde.

Bevor er sich 1961 in Bad Pyrmont als Internist und Badearzt niederließ, war er Chef des britischen Medical-Centers in Düsseldorf. 1951 schloß sich der Ostpreuße den Vertriebenenverbänden in Gelsenkirchen an. Nach seinem Überwechseln nach Bad Pyrmont konzentrierte er seine Aktivitäten auf die Arbeit in der Landsmannschaft und wirkte dort lange Zeit als stellvertretender Vorsitzender. Überdies gründete der engagierte Ostpreuße die Kreisgruppe Hameln-Pyrmont. Bis zum heutigen Tag hat er zudem den Vorsitz in der Bezirksgruppe Hannover der LO. Auf seinen entschiedenen Einsatz im Satzungsausschuß der LO geht die zahlenmäßige Ausgewogenheit zwischen Landesgruppen und Kreisgemeinschaften in der Landesvertretung zurück.

Das besondere Engagement von Dr. Dembowski galt der Darstellung der LO in der niedersächsischen Öffentlichkeit. Dank seiner Initiative wurden über viele Jahre hinweg Ostpreußenwochen in Hannover durchgeführt. Ebenso ist es seinem Einsatz zu danken, daß sich die Bezirksgruppe Hannover mit einer Traktenreiterstaffel, Kutschen, Kremsern und ostpreußischen Trachtengruppen am jährlichen Schützenausmarsch in Hannover beteiligen darf und Hunderttausende von Besuchern dabei an Ostpreußen erinnert werden.

Als Dank und Anerkennung für seinen selbstlosen Einsatz seit Anbeginn der landsmannschaftlichen Arbeit und seinen Kampfgeist, wenn es gilt, um die Heimat zu streiten, wurde Dr. Hans Dembowski jetzt das Silberne Ehrenzeichen der LO verliehen.

B. D. L.

Ostpreußische Ärzte tagten

Teilnehmer diskutierten über den Zusammenhalt

Dänisch-Nienhof - Die traditionellen Treffen der ostpreußischen Ärzte und ihrer Freunde finden seit 1954 alljährlich statt. Bei der letzten Zusammenkunft stand aus aktuellem Anlaß der Zusammenhalt der Mitglieder zur Diskussion. Die bislang führende ostpreußische Arztfamilie hat sich auf ihrer letzten Tagung in Göttingen aufgelöst. Deshalb hielten die Teilnehmer es für erforderlich, darüber zu diskutieren, ob der freundschaftlich familiäre Zusammenhalt unter den einzelnen Mitgliedern verschwunden sei. Überdies wurde die Frage gestellt, weshalb die in gewohnt großem Umfang stattgefundenen wissenschaftlichen Zusammenkünfte nicht mehr fortgesetzt werden können.

Auch der Saal in der Gaststätte Schwedeneck war nur bis zur Hälfte gefüllt. Die Teilnehmer waren sich allerdings darin einig, daß sie zusammen bleiben wollten. Daran schloß sich eine zwar lebhaft aber trotzdem sachliche Diskussion darüber, in welcher Form man diesem Zusammenschluß eine Grundlage geben könne. Die Mitglieder einigten sich darauf, zunächst ei-

Auf Winterreise Spenden verteilt

Vertreter der Kreisgemeinschaft Lötzen besuchten Landsleute in der Heimat

Neumünster - Mit einem kleinen Hilfstransporter starteten Kreisvertreter Erhard Kawlath und Hans-Werner Erdt von der Kreisgemeinschaft Lötzen von Neumünster aus zur Bescherung in das verschneite Lötzen.

Das Ziel wurde über Allenstein angesteuert. Als erstes stand dann in Lötzen eine Weihnachtsfeier der Senioren auf dem Programm. Nach einer stürmischen Begrüßung halfen etliche hilfreiche Hände, die Hilfsgüter aus dem Wagen zu laden. Mit zusätzlichen Geldspenden von Privatpersonen und der Kreisgemeinschaft fühlten sich die beiden Wohltäter wie die Weihnachtsmänner. Über 125 Senioren nahmen an der liebevoll ausgerichteten Feier teil.

Tags drauf ging es nach Doben. Bei einem Zwischenstopp in Steintal wurde eine bedürftige Familie beschenkt. Das dreijährige Mädchen erhielt Spielzeug. Die schwerbehinderte Mutter und der arbeitslose Vater warme Kleidung. Darüber hinaus hat der Kreisvertreter die Familie dem DRK für Auslandsdienst in Hannover gemeldet. Sie wird nun regelmäßig vom DRK nach Anweisung eines polnischen Arztes versorgt. Zudem spendete die Kreisgemeinschaft 100 DM für die Familie.

Nach Lötzen zurückgekehrt, stand ein gutbesuchter evangelischer Gottesdienst auf dem Programm, zu dem die beiden mit Applaus begrüßt wurden. Zusammen mit Frau Milthaler aus Angerburg verlas Erhard Kawlath eine Weihnachtsgeschichte, die Pfarrer Jagucki übersetzte. Erhard Kawlath übergab dem Kirchenvorstand eine Spende von 240 DM. Das Geld stammt aus einer Kollekte, die in Frankenberg für Lötzen gesammelt wurde. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des in Neumünster beheimateten Fördervereins „Feste Boyen mit Museum“ ließ Landsmann Kawlath dann auch noch dem polnischen Förderverein „Liebhaber Feste Boyen“ eine Summe von 480 DM zukommen. Bürgermeister Grabowski versicherte, die Spende zur Renovierung des örtlichen Museums zu verwenden.

Dann führte der erste Vorsitzende des polnischen Förderver-

nen eingetragenen Verein zu gründen.

Als nächsten Schritt sollen Verhandlungen mit der Deutsch-Baltischen Ärztegesellschaft in Berlin und mit der Gesellschaft Albertinum in Göttingen geführt werden, um zu klären, welche gemeinsamen Arbeitsmöglichkeiten bestehen.

Neben der Freundschaftspflege sollen die bereits bestehenden Hilfsmaßnahmen, die Arztfamilien in Masurien und im Memelgebiet zugute kommen, fortgesetzt werden. Zudem streben die Mitglieder des Freundeskreises eine Zusammenarbeit mit Organisationen, die auf diesem Gebiet ebenfalls tätig sind, an.

Um die organisatorischen Vorbereitungen kümmert sich ein Arbeitskreis, dem u. a. Prof. Dr. Gusek, Dr. W. Scholz und Badearzt H. Eschweiler, Strandstraße 129, 23669 Timmendorfer Strand, Telefon 045 03/88 90 21 angehören.

Die nächste Tagung der ostpreußischen Ärzte findet Sonnabend, 14. Juni, im Hainholzhaus am Kehr in Göttingen statt.

W. S.



Auf heimatlichem Boden: Der 1. Vorsitzende des polnischen Fördervereins „Liebhaber Feste Boyen“, der Leiter des Museums sowie Barbara Borownik, Erhard Kawlath und Hans-Werner Erdt (v. l.)

Foto privat

eins durch das Museum, wobei die Geschäftsführerin des Hotels Wodnik, Barbara Borownik, dolmetschte. Die angenehme Temperatur des Kellergewölbes von 15 Grad überraschte; die Räume werden regelmäßig geheizt. Ein Teil der Exponate wird derzeit überholt. Zur Freude der Landsleute ist unter den ausgestellten Bildern auch eines, das General Ludendorff abbildet. Gespendet wurde es

von Landsmann Wehrenberg aus Essen. Anschließend machten die beiden Lötzenener noch Station in Martinshagen, um einen polnischen Lehrer zu besuchen und an einer weiteren Weihnachtsfeier eines deutschen Chors teilzunehmen.

Bei klirrender Kälte, minus 18 Grad, wurde am darauffolgenden Tag die Rückreise nach Neumünster angetreten.

E. K.

„Pakete-Politik“ kritisiert

Vertriebene fühlten sich bei einem Seminar brüskiert

Waren a. d. Müritz - „Die Rolle der Landsmannschaften im deutsch-polnischen Annäherungsprozeß“ war das Thema eines Seminars an der Europäischen Akademie in Waren an der Müritz. Eingehend diskutiert wurde u. a. über die Schaffung von Kondominien.

Von polnischer Seite waren anwesend: Prof. Dr. Sakson, Prof. Dr. Koszel vom Westinstitut Posen, Dr. Talarzyk von der Universität Stettin sowie drei polnische Studentinnen. Nicht selten prallten in den Diskussionen Gegensätze aufeinander. Zum Ärger der Vertriebenen bezeichnete Prof. Dr. Koszel es gleich zu Beginn der Veranstaltung als Gnade Gottes, daß Polen das ostdeutsche Land erhalten habe. Die Landsleute hielten dem entgegen, daß das Leiden und Sterben so vieler unschuldiger Menschen keine Gnade Gottes sein könne.

Überdies gaben die Polen ihrem Unwillen über die sogenannte „Pakete-Politik“ Ausdruck. Die damit gemeinte Hilfe der Deutschen, die mittels Paketen die Not der deutschen und polnischen Bevölkerung zu lindern versuchten, bezeichneten sie als „deutsches Syndrom, überall helfen zu müssen“.

Am Rande der Veranstaltung äußerte sich Prof. Dr. Koszel noch über den Standort Deutschland. Seiner Meinung nach hätten die Deutschen ihren Höhepunkt überschritten und marschierten nun steil nach unten. Jetzt käme Polen, Deutschland kämpfe nicht mehr um seine Interessen. Zudem pries er Polen als großen Absatzmarkt für Deutschland. Prof. Dr. Koszel: „Die Deutschen müssen ihre Chance nützen und die Polen wollen ja auch kaufen. Dazu muß Deutschland ihnen aber das Geld geben“. Den bereits in Kraft getretenen Schulden- und Zinsersaß befürwortete Prof. Dr. Koszel in diesem Zusammenhang: Schließlich hätte Ägypten ja auch davon profitiert.

Um zu gewährleisten, daß deutsche Steuergelder nicht in dem „bodenlosen Faß Polen“ versinken, sondern den ostdeutschen Gebieten zugute kommen, diskutierte man auf der Seite der Vertriebenen die Schaffung von Kondominien. Dabei werden die Vertreibungsgebiete aus den Staaten herausgelöst und einer gemeinsamen Verwaltung unterstellt. So könnten sowohl die Vertreiberstaaten für ihre Bevölkerung als auch die Bundesrepublik Deutschland für die Verwertung seiner finanziellen Mittel sorgen.

Günter Polaske / K. P.

Weihnachtsfeier

Der Nachwuchs bleibt aus

Nunawading - Die Ost- und Westpreußengruppe Nunawading veranstaltete ihre alljährliche Weihnachtsfeier. Der Vorsitzende der Gruppe, Harry Spiess, hatte zusammen mit Helfern die gemietete Halle mit weihnachtlichen Papierdecken geschmückt und die Tische mit frischem Tannengrün, Kerzen und Weihnachtsdekoration ausgestattet.

Die ersten Gäste trafen bereits früh mit Selbstgebackenem ein. Wie üblich begrüßte Harry Spiess zu Beginn der Feier die Anwesenden. Er gab bekannt, daß er sogar Post von Mitgliedern einer Gruppe erhielt, die zu diesem Zeitpunkt Südafrika bereisten. Darin seien besonders die beliebten Grillparties erwähnt worden, die traditionell bei Besuchen in Melbourne veranstaltet werden.

Nach dem offiziellen Teil gab es Kaffee und Kuchen bei Kerzenschein. Dann wurden Weihnachtslieder gesungen, die ein Akkordeonspieler begleitete. Zudem trugen einige Mitglieder Weihnachtsgedichte und -geschichten vor. Leider ist ein Nachwuchsmangel zu verzeichnen; nur noch die Spiess-Enkel helfen mit ihren Beiträgen, die allgemeine Stimmung zu steigern. I. H.

Zeitzeugen gesucht

Kiel - Anfang November trafen sich 15 ehemalige Angehörige des HJ-Bataillons Jablonski in Bad Pyrmont. Die Einsatzorte waren Königsberg, die Frische Nehrung und Bärwalde. Am 14. April 1945 war Einschiffung in Pillau mit dem Ziel der Verteidigung Berlins. Die Landung in Swinemünde erfolgte am 16. April 1945.

Der Marsch nach Berlin ging über Neu-Brandenburg, Gransee, Teschendorf, Nassenheide, Oranienburg, Groß Mutz und Neuruppin, wo sich die Kompanien teilten und eigene Wege in Richtung Westen gingen. Dann begann das Chaos, und die Parole hieß „Rette sich, wer kann“. Ein Überbleibsel der ersten Kompanie mit Bataillons- und Kompanieführer ging am 4. Mai 1945 bei Lenzen über die Elbe und kam in amerikanische Gefangenschaft.

Über das Bataillon soll nachträglich eine Dokumentation erstellt werden. Für die Vollständigkeit der Ausarbeitung werden ehemalige Kameraden gebeten, sich zu melden. Kontaktadresse: Erwin Kantimm, Melsdorfer Straße 68, 24109 Kiel, Telefon 04 31/52 23 60. E. K.



Auszeichnung: Erst kürzlich wurde der frühere Bundesgeschäftsführer der LO, Friedrich Karl Milthaler (rechts), mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Bei der feierlichen Verleihung betonte der Sprecher der LO, Wilhelm v. Gottberg (links), u. a., wie die Bedeutung des Ostpreußenblattes durch Milthaler gesteigert wurde (ausführlicher Bericht zum Lebenslauf in Folge 51/52/96/S.23). Zudem verlieh nun auch der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge dem Angerburger Kreisvertreter in dankbarer Anerkennung seiner Verdienste die Theodor-Hauss-Medaille

Foto privat

1982 trat die Regierung Kohl mit dem Versprechen an, die von der sozialliberalen Koalition verantwortete hohe Staatsverschuldung radikal abzubauen. 14 Jahre später schlittert dieses Land jedoch zusehends dem Staatsbankrott entgegen, dank einer verantwortungslosen Haushaltspolitik und einseitiger finanzieller Vorleistungen im Rahmen der EU und von „Geschenken“ ans Ausland.

Nachdem die „Titanic“ mit einem Eisberg kollidiert war, verging eine gewisse Zeit, bis Mannschaft und Passagiere sich der schrecklichen Tatsache bewußt wurden, daß zwischen ihnen und der grauenvollen Meerestiefe nur noch die eierschalendünne Hülle des zerfetzten Stahlbodens lag, durch die unaufhaltsam tausende von Kubikmetern Wasser hineinströmten: Das „unsinkbare“ Schiff ging unter.

In diesem Titanic-Zustand in Zeitlupe befindet sich seit einigen Jahren die Bundesrepublik Deutschland: Sie gerät immer tiefer in den tödlichen Strudel der astronomischen Staatsverschuldung. Das Staatsschiff hat gefährliche Schlagseite. Aber niemand will die Gefährdung wahrhaben. Infolge von Verdrängung und Vernebelung seitens einer allmächtigen Beschönigungspropaganda wird das Bewußtsein der Massen gegen die Aufnahme und geistige Verarbeitung der grausamen Wahrheit gesperrt. Wie eine Gebetsmühle wird überall im Lande des Wohlstandes und des weltweit bewunderten Wachstums der Refrain abgeleiert: „Die Bundesrepublik ist ja so reich“. Dieser Selbstbetrug wird noch verstärkt durch die Optik einer hemmungslosen, großmannssüchtigen Spendierhosenmentalität.

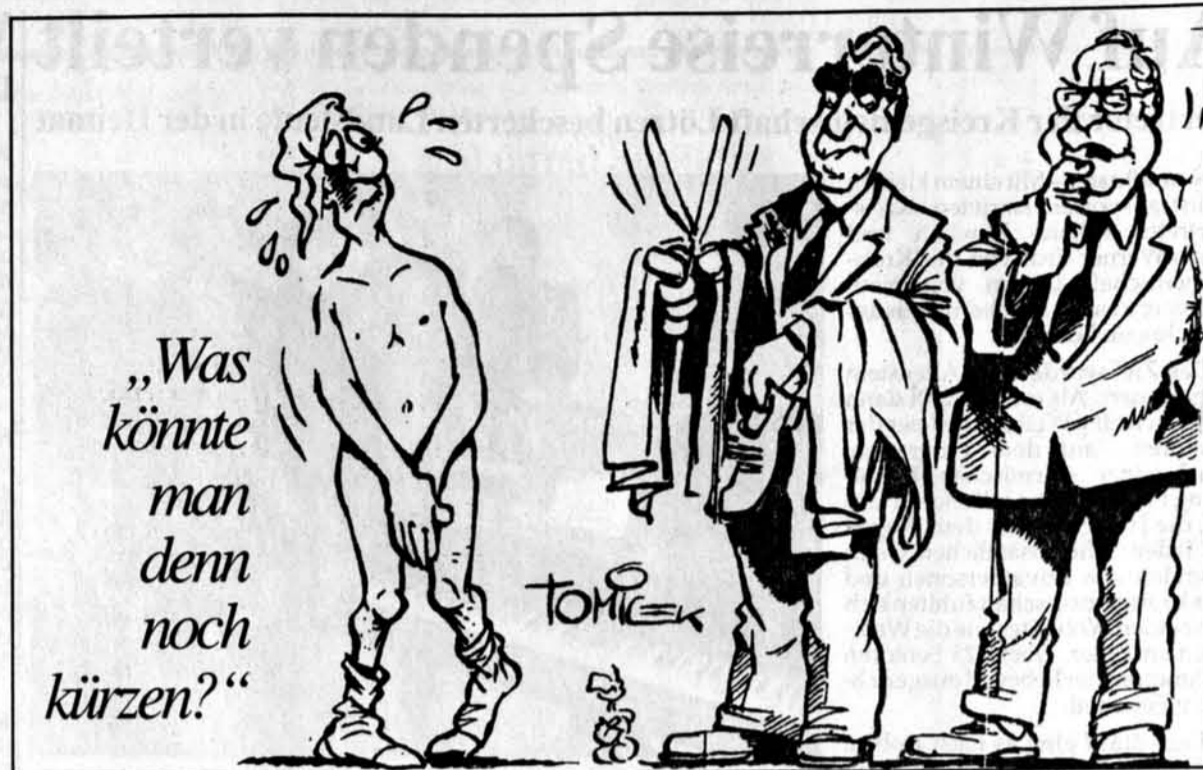
Statt der Titanic-Metapher könnte man auch die Metapher der „Zeitbombe“ wählen, weil in

Ein Leben auf Pump

ihr die Tatsache enthalten ist, daß die Explosion unweigerlich erfolgen wird. Nur der Zeitpunkt ist unbekannt. Das eben ist das Unheimliche einer Zeitbombe.

Zum Repertoire der Beruhigungsstrategie gehört auch die Behauptung, der Staat könne nicht bankrott machen. Diese Behauptung widerspricht allen geschichtlichen Erfahrungen: Es gibt zahlreiche Beispiele von Staatsbankrotten als Folge einer verantwortungslosen Finanzpolitik. Ein klassisches Beispiel ist die Französische Revolution von 1789, deren eigentliche – wirtschaftliche – Ursache die Zerrüttung der französischen Staatsfinanzen durch Überschuldung infolge einer maßlosen Außenpolitik war, die die materiellen Ressourcen des Staates überforderte. 1789 war der französische Staat zahlungsunfähig geworden. Der älteren Generation in Deutschland stecken noch die Staatsbankrotte von 1923 und von 1948 als fortwährendes Trauma in den Knochen.

Der Staatsbankrott als Folge des Zusammenbruchs eines seit vielen Jahrzehnten praktizierten Pumpsystems wird verheerende Folgen haben. Millionen Bürger werden davon betroffen sein. Das allgemeine Elend wird gefährliche, den Staat in seinen Grundfe-



Karikatur aus „Münchener Merkur“, Zeichnung Tomicek

Zeitbombe Verschuldung

Populismus mit verheerenden Folgen – Kein Ausweg aus der Schuldenfalle?

Von KARL KOWALEWSKI

sten erschütternde innere Unruhen auslösen. Mit einer großen Ausnahme, die für alle Staatsbankrotte der Geschichte gilt: Spekulant, Schieber und Harsardeure werden, wie immer, fettäugig oben schwimmen bleiben. Es wird ein neues Raffkezeitalter anbrechen.

Die bisherige Entwicklung der Staatsverschuldung und ihr gegenwärtiger Zustand lassen sich mit jedermann verständlichen, wenn auch schwer zu veranschaulichenden Zahlen darstellen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die aktuellen Zahlen wegen der sogenannten „Nebenhaushalte“ und auch wegen anderer Grauzonen (z. B. die Höhe der jeweiligen Kassenkredite) auf Heller und Pfennig nie genau zu ermitteln sind. Doch geht es um die Größenordnungen. Zum Verständnis der Explosivkraft der „Zeitbombe“ genügen folgende Zahlen: 1950 belief sich die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hände der Bundesrepublik auf rund 20 Milliarden DM. Finanzminister Schäffer hatte damals trotz ungeheurer wirtschaftlicher und sozialer Belastungen als Folge des totalen Zusammenbruchs sogar noch Überschüsse erwirtschaften können, die als legendärer „Julius-turm“ in die Geschichte der Bundesrepublik eingegangen sind. – Bis Ende 1989, also zum Zeitpunkt der beginnenden Wiedervereinigung, hat sich die Schuld nahezu verfünfundzwanzigfach, nämlich auf rund 930 Milliarden DM. Trotz unzähliger Ansätze zur sogenannten „Haushaltssanierung“ waren die Schulden im statistischen Jahresdurchschnitt somit um rund 25 Milliarden DM gewachsen.

Alle Bundesregierungen und alle Bundestage wurden von dem Bazillus des Minusmachens unter allerlei merkwürdigen Vorwänden (z. B. „deficit spending“ als staatspolitische Weisheit) infiziert. Allein die Bundesschuld war in diesem Zeitraum von 7 Milliarden DM auf rund 500 Mrd. DM gestiegen, hatte sich also ver- siebzigfach! Experten schätzen, daß die Gesamtverschuldung der

öffentlichen Hände mit Nebenhaushalten Ende dieses Jahres auf über zwei Billionen DM gestiegen sein wird, in Zahlen: 2 000 000 000 000.

Die Darstellung der geschichtlichen Entwicklung dieser astronomischen, in der deutschen Geschichte einzigartigen Verschuldung (für die es keine rationale Rechtfertigung gibt) mit all ihren Verästelungen würde eine umfassende Darstellung der Geschichte der Bundesrepublik erfordern, da diese Verschuldung „systemimmanent“ ist. Die eigentliche Ursache aber, die eine geistige Ursache ist und allen Einzelursachen zugrundeliegt, läßt sich auf eine sehr einfache Formel bringen: Es ist der Irrglaube der herrschenden politischen Klasse (verbunden mit einer, für einen normalen Menschen kaum noch nachzuvollziehenden Fahrlässigkeit und Leichtfertigkeit), der Staat könne ungestraft gegen elementare Grundsätze des Wirtschaftens verstoßen, von denen einer lautet: Man kann auf die Dauer nie mehr ausgeben als man einnimmt, weil das Ende der Bankrott ist.

Die herrschende politische Mentalität, die ursächlich für die gigantische Staatsverschuldung ist, kennzeichnete die „Volksbank“ in einem Mitteilungsblatt bereits im Mai 1972 wie folgt:

Wahlgeschenke der Politiker aus Opportunismus

„Natürliche politische Hürden gegen eine Ausweitung der Staatsausgaben werden niedergelegt, weil man der Bevölkerung durch Ausweichen in die Verschuldung zunächst unpopuläre Ausgabeneinschränkungen oder Steuererhöhungen glaubt ersparen zu können.“

Weil sie sich mit den Heilsversprechungen von „Wohlstand“ und immerwährendem „Wachstum“ beim Wähler beliebt machen möchte, um auf diese Weise ihre einträgliche Machtpfründe behaupten zu können, wirft die politische Klasse bedenkenlos

jegliche finanzpolitische Vernunft über Bord. Das eigentliche staats- und gesellschaftsgefährdende Problem ist nicht allein die absolute Höhe der Schulden, sondern auch und insbesondere der prozentuale Anteil der Zinslast und der jährlichen Tilgungsverpflichtungen an den jeweiligen Haushalten. Schon längst ist der Punkt erreicht, daß auch diese Zinsleistungen und diese Tilgungen der fälligen Obligationen nur noch durch weitere Neuaufnahme von Schulden möglich sind. In ihrer Studie „Staatsverschuldung ohne Ende“, Darmstadt 1993, bezeichnen Helmut Schlesinger, Manfred Weber und Gerhard Ziebarth den Schuldendienst der öffentlichen Hand geradezu als ein „explosives Gemisch“.

Welche Größenordnung die Zinsbelastungen allein beim Bund angenommen haben, zeigt ein Vergleich: Betrug sie 1970 nur 2,8 Prozent des Haushaltes, so belaufen sie sich 1995 auf „explosiv“ 20 Prozent!

Dieser Anteil wächst wuchernd weiter, bis er eines Tages alle anderen Haushaltstitel erstickt haben wird. Das wäre der totale Kollaps. Nach einer Studie aus dem Jahre 1982 („Staatsverschuldung in der Bundesrepublik Deutschland“, Winfried Fuest, Rolf Kranker, in: „Wirtschaft und gesellschaftliche Grundinforma-

tionen“ Nr. 45, Köln 1982, hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft, S. 48), als die Gesamtschuld der öffentlichen Hände „nur“ 615 Mrd. DM betrug, würde der Bund unter bestimmten Annahmen „etwa im Jahre 2043, also in 62 Jahren, seine gesamten Steuereinnahmen benötigen, um lediglich die Zinsen für seine Schulden bezahlen zu können.“

Für die Finanzierung wichtiger Staatsaufgaben bliebe dann kein Geld mehr übrig“. Das würde nach Auffassung der Verfasser dieser Studie den „finanziellen

Bankrott des Staates“ bedeuten. Als diese Hochrechnung durchgeführt wurde, konnte sich auch die pessimistischste Cassandra unter den Finanzexperten nicht vorstellen, daß sich in den 13 Jahren bis 1995 die Staatsschuld mehr als verdreifacht haben würde. Die Hochrechnung von damals ist Makulatur. Der Bankrott wird viel früher eintreten.

Das ist schon deswegen zu befürchten, weil es zur Zeit weder in der Bundesregierung, noch im Bundestag, noch in den einschlägigen Wirtschaftskreisen auch nur im Ansatz eine Strategie des Entrinnens aus der „Schuldenfalle“ gibt, wie man das Finanzdebakel neuerdings sehr treffend zu bezeichnen pflegt. Man vermeidet auch jede öffentliche Erörterung über Rückzahlung der Schulden wie der Teufel das Weihwasser, weil man schlimmste staatspolitische Folgen befürchtet, erführe der Wähler das wahre Ausmaß der Katastrophe. Daß die jede historische Dimension sprengende Verschuldung der Bundesrepublik auch auf verwerfliche Weise sozial ungerecht ist, wird daran deutlich, daß die Masse der Wenig- oder nur Mäßig-Verdienenden auf dem Wege der Besteuerung die astronomischen Zinsen bezahlen muß, die wiederum eine ebenso astronomische Bereicherung einer Minderheit darstellt, die durch den massenhaften Erwerb von Staatspapieren zu Gewinnern an der Staatsschuld geworden sind und es laufend noch werden. Daß ausgerechnet eine politische Gruppierung, die sich der „sozialen Gerechtigkeit“ verschrieben hat, durch seit Jahrzehnten praktizierte Beteiligung an dem Fortgang der Staatsverschuldung eben diese „soziale Gerechtigkeit“ beseitigt hat, ist ein unerträgliches Skandalon dieser Republik, die wahrhaftig bessere Treuhänder ihres Vermögens verdient hätte.

Soziale Schieflage

Die Entwicklung der Schulden ist schon längst außer Kontrolle der Verantwortlichen geraten. Schon verbreitet sich die gefährliche Lehre von der „ewigen Schuld“, einer Schuld also, die nicht mehr rückzahlbar ist, weil die Politik schon längst den „point of no return“ überschritten hat. Kaum noch ernst zu nehmen, weil nur ein Alibi für das Weiterwurschteln, ist die Verharmlosung der öffentlichen Schuld durch Hinweis auf das Brutto-sozialprodukt oder auf den angeblichen „Reichtum“ der Bundesrepublik. Das erinnert an die Milchmädchenrechnung der Französischen Republik nach 1789, die darin bestand, daß man glaubte, durch Konfiskation des Kirchenvermögens die Staatsfinanzen sanieren zu können. Die im Vorgriff auf erwartete Erlöse aus dieser unheiligen Transaktion verausgabten „Assignaten“ waren in wenigen Jahren nur noch wertloses Altpapier, das schließlich vom Henker von Paris öffentlich verbrannt wurde.

Ernst zu nehmen ist allerdings der häufige Hinweis auf das große Privatvermögen der Bundesbürger – ein Hinweis, der doch nur bedeuten kann, daß dieses Vermögen eines Tages zur Sanierung der Staatsfinanzen herangezogen werden könnte ...

Inzwischen tickt die Zeitbombe weiter.